

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M., Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13698. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4506

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 M., bei Plakowdrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelspalte 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Arbeiter! Zur Puttschabwehr auf die Schanzen! Ehrhardtputsch für den 13. März angezettelt!

### Am Jahrestage des Kapp-Putschs. — Nächliche Besetzung Berlins geplant. Verhaftung der Arbeiterführer beabsichtigt. — Flugblätter und Anschläge vorbereitet. — Der Kapp-Putschist Kapitän Ehrhardt der Organisator!

Den Jahrestag des Kapp-Putschs haben die militärischen Verschwörer und ihre deutschnationalen Hintermänner zur Wiederholung ihres Abenteuers, ihres Anschlages auf die deutsche Republik, auf die Arbeiterklasse ausersehen. Die deutsche Reichsregierung hat ihnen Zeit und Ruhe gelassen, ihre Verschwörungspläne auszuarbeiten. Der Reduziert verlor die Wandlungsführer Ehrhardt ist in seiner dazwischenzeitlich bekanntlich nie für die Polizei zu finden gewesen und alle Energie des Reichswehrministers und der Staatsanwälte hat sich darauf beschränkt; angebliche Verschwörungen in der Arbeiterschaft zu verfolgen. Frech gemacht durch den Umstand, daß ihnen nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putschs nichts geschehen ist, daß sie sich der offenen Sympathie der in der Regierung sitzenden Parteien erfreuen, haben die Ehrhardt und Konsorten ihre Pläne in aller Gemütsruhe entworfen. Jetzt, da die Gewaltspolitik der Entente die nationalistische Erregung in weite Kreise getragen hat, glauben sie, den günstigsten Zeitpunkt erfaßt zu können. Die Zersplitterung der Arbeiterbewegung läßt sie glauben, daß sie mit Hilfe der verpesterten Reichswehr leicht zum Ziele gelangen können. Sie werden die Rechnung ohne das Proletariat Deutschlands gemacht haben, das, so vertrauen wir zuversichtlich, in der Stunde der Gefahr sich zu einiger Abwehr zusammenschließen wird. Freilich würde, darüber ist kein Zweifel, der Kampf hart werden, härter noch als im Vorjahre, wenn die Verschwörer nicht durch die Aufdeckung ihrer Pläne noch im letzten Moment vor der Ausführung zurücktreten sollten. Denn die Vorbereitungen der Ehrhardtbanditen sind bis ins einzelste und aufs sorgfältigste getroffen. Alles ist darauf angelegt, die Arbeiterschaft sofort wehrlos zu machen. In der Nacht zum Sonntag soll der Schlag erfolgen. In der wohlberechneten Annahme, daß am Sonntag, da die Arbeit ruht, die Proletarier des Zusammenhangs, der durch die Vereinigung in den Fabriken gegeben ist, entbehren und so vereinzelt durch die Anschläge der Putschisten eingeschüchert werden können, so daß sie nicht mehr zur einigen Aktion kommen. Man will die Redakteure der Arbeiter-, und selbst der Demokratenblätter verhaften oder unter Bewachung stellen und die Arbeiterführer wegfangen, um das Proletariat seines Kopfes zu berauben und es feilschen zu können. Das Proletariat wird alle Kraft und allen entschlossenen Willen aufbieten müssen, um dieses Neck, das ihm über den Kopf geworfen werden soll, rechtzeitig zu zerreißen. Es gilt, der Organisation der Ehrhardtbanditen sofort eine schlagbereite Abwehrorganisation entgegenzusetzen, und sich dabei bewußt zu sein, daß die famose Reichsregierung, in der die monarchistischen Stinnespartei sitzen, daß die verpesterte Reichswehr und selbst Teile der Polizei nichts anderes als Hilfstruppen der Ehrhardtbanditen sein werden. Das Proletariat kann sich in diesen Tagen nur auf sich selbst verlassen. Des möge es eingedenk sein!

Die Pläne der Verschwörer ergeben sich aus den folgenden Dokumenten, die uns von zuverlässiger Seite übermittelt wurden:

#### Alarm!

Ab 12. 3. haben alle Benachrichtigungen fertig (bis auf die Zeit) ausgeschrieben und bereit zu liegen.

Stoßtrupp 1 hat den persönlichen Schutz der Leitung zu übernehmen.

Die Besetzung hat in aller Stille vor sich zu gehen. Eingenommene Positionen sind auf jeden Fall zu halten. Sofortige Einberufung aller Verbände und nochmalige Mitteilung hat zu erfolgen.

Flugblätter haben am 12. 3. zur Verteilung bereit zu sein (ev. Buchdruckerei Hedendorf, Reichenberger Straße 36, 11).

Anschläge müssen in der Alarmnacht vollendet sein. Nähere Ausführungen durch Korvettenkapitän Werber (Wirtschaftswerber),  
geg. E.

3  
111b Berlin.

#### W. Verteilungsplan.

Abd. D. Blücherstraße und Halleser (Waffenlager), Gruppe Dessau und — M. v. Bissing — Bräutig (Schraubensabrik) Köpfer Straße Karl engagiert.

Selbstverband Wittenberg (Misch.)  
Erhält von Bahn an Reilger und Heddenhauer (Heu) Wagen sind stehen zu lassen und auf Befehl nach erfolgtem Alarm abzuladen. Bahnhof sichern.

Arbeitsgemeinschaft Berliner Studenten durch Löwe (Stoßtrupp)

L. N. Heddenhauer (Führer der Techn. Nothilfe)  
Eteglitz, Altesleben, Pöhlterfeld,  
K. Expeditionsoffizier, der Sohn Friedrich ist iniert.

Korn. Kap. Werber! Erwarte Sie am 6. jurid. Anmeldung erforderlich. Schlüssel 2. Schiffe wechseln. Sofortige Nachrichten über Bissings Verhandlungen in Potsdam notwendig.

Verbindung Berlin-Görlitz (Wartenberg) ist in Ordnung. Wartenberg ist am 5. in Berlin.

Hauptmann Reilger hat sein Lager sofort zu verändern, da Gefahr 10 000. — für das M. v. B. stehen bei v. Bissing zur Verfügung. Auszahlung kann sofort erfolgen. Ständige Stafetten gemäß der neuen Anweisung sind einzurichten. D. h. trifft in Berlin ein.

Verteilung München, Abt. i. a. gen. Ehrhardt.

1  
111b Berlin.

#### Betrifft Gruppe Dessau.

Ab 10. März hat die Gruppe den Dienst aufzunehmen. Verteilung den letzten Vorschlägen entsprechend. Tätigkeit: Überwachung der Zeitungen (W. L. N. F., Freiheit, Vorwärts und Ullstein), (Redakteure, Arbeiterführer), unierer Waffenlager.

Görlitzer Bahnhof, Fühlung mit Sipo (Hauptmann Löwe). Täglich ein Bericht ist auszubewahren. Fühlung und Zusammenarbeit mit Dr. Rasche (Arbeitsgemeinschaft Berliner Studenten) ist dringend erforderlich.

Nachrichtendienst N. D. gen. Tschernberg.

2  
111b Berlin.

#### Verbindung bis zu meinem Eintreffen.

Berlin . . . . . Wittenberg (Altesleben) 6. Busch, Mittelstraße, Halle, Breitenhof . . . . . Jena (Forkmann), Sophienstraße 12. (Bissings)

München, Deutsch. Hof . . . . . München. v. Trotha, Greifswald, Hehl. Bremen, Weber.

Die Dokumente brauchen im allgemeinen keinen Kommentar. Die Gefahr für die Arbeiterklasse liegt deutlich genug auf der Hand, die Stichproben, die wir gemacht haben, zeigen, daß die Angaben dieser Ehrhardt-Befehle auf fester Unterlage beruhen. Es gibt z. B. in der Reichenberger Straße 36 zu Berlin die in dem Alarmruf für die Flugblätterherstellung bezeichnete Buchdruckerei Hedendorf. Wir haben auch noch andre Beweise, die die Echtheit der Dokumente erhärten. Schon im Oktober v. J. gingen uns die folgenden Abschriften zu, die von derselben Verschwörerorganisation berichten. Damals war ein Putsch für den 10. Dezember beabsichtigt, der dann aus Gründen irgendwelcher Art verschoben worden ist. In diesen Dokumenten finden sich zum Teil dieselben Namen wie in den jetzigen Putschbefehlen. Vor allen Dingen aber ist wichtig, daß in diesen Dokumenten ein Dr. Hehl als Waffenverteiler für Berlin genannt wird. Das zeigt die Echtheit, denn dieser Hehl ist bekanntlich vor einigen Wochen, als Orphee-Waffenlager in Westend aufgedeckt wurden, als der Verantwortliche für diese Dinge, geflohen. Diese Dokumente stützen daher die Echtheit der jetzigen Ehrhardtschen Putschbefehle. Der Wortlaut ist:

den 20. 10. 20.  
Mein lieber v. Bissing!  
Bestimmen Sie so bald als möglich alle von Ihnen zusam-

mengehalten resp. Ihnen unterstellten Verbände und erteilen Sie ihnen die neuen Instruktionen. Was über die Waffenfrage unter Zeichen W. B. T. gelangt ist, ist jedoch nur zur Information für die Führung resp. für Herrn Heddenhauer bestimmt. Ich bin sehr erfreut, daß Ihr Herr Bruder die Führung der Stoßtruppe 3 übernimmt. Die Verteilung wäre folgende:

- Sturmtrupp 1 Hauptmann Freide
- Sturmtrupp 2 Hauptmann Heddenhauer
- Sturmtrupp 3 Hauptmann M. v. Bissing
- Sturmtrupp 4 Hauptmann Hedendorf
- Sturmtrupp 5 Hauptmann Weber.

Hauptmann v. Wartenberg bleibt in Görlitz, er hat nach seinem letzten Bericht dort ca. 200 Freiwillige, die absolut zuverlässig sind.

Ich habe jetzt für meinen Bezirk ca. 1200 Mann. Das genügt vollständig. Ueber die Laufstrecke kann ich Ihnen folgendes mitteilen: Die Garnison Kottbus ist absolut monarchistisch zusammengesetzt. Die Lübbener Garnison ist im ganzen noch etwas zusammengewürfelt, wird aber inzwischen noch gereinigt. Auf der Gütern der Grafen v. Lynar und Solm haben wir ca. 400 Gewehre und 20 M.-G. unterbringen können.

Durch die jetzt durchgeführte Entwaffnung war es möglich unsere Lager wieder aufzufüllen. Die Stadt Lübbena hat ca. 100 Gewehre erhalten, die zum großen Teil an die Mitglieder des M. C. verteilt sind. In Berlin können wir uns ganz auf die Sipo verlassen. Es ist sehr zu begrüßen, daß dieselbe es verstand, ihre Gefinnung zu verbergen. Die Haupttruppe 4 Berlin bleibt aber die Garde in Potsdam, die ja auch die Kämpfe zu beginnen hat. Sie teilen mir mit, daß bei einigen unserer Mitglieder Waffen liegen. Ich möchte vorschlagen, daß wir dieselben dort liegen lassen. Betr. der Sipo wenden Sie sich bitte an Hauptmann Löwe. Mit treudeutschem Gruß  
Ihr Kaiser.

Es ist allen Freiwilligen mitzuteilen, daß in den ersten zwei Tagen keine Judenhehen abgehalten werden dürfen.

1 Anlage W. P. 7 III b. Streng vertraulich.  
Nur für die Führung.

Als Tag des Umsturzes ist der 10. Dez. festgesetzt. Die Besetzung erfolgt nicht, wie erst beabsichtigt, durch das Gardekorps, da die dort liegenden Waffen als Reserve dienen sollen. Die Truppe Bissings erhält Sturmtrupp 3 per Bahn. Wir werden 8 Tage vor Beginn der Kämpfe 2 Wagen Heu an die Adresse des Fuhrgeschäftes Heddenhauer senden, die derselbe stehen lassen muß. Am 9. 12. abends 11 Uhr ist der Görlitzer Bahnhof unauffällig zu besetzen und durch Gruppe 2 und 3 die Waffen auszuladen. Am 12 Uhr muß alles fertig sein. Wir werden 800 Gewehre, 20 leichte, 20 schwere M.-G. senden. Die nötige Munition und ca. 500 Stielhandgranaten werden ebenfalls mitgeschickt. Ueber die Verteilung hat Dr. Hehl zu verfügen. Kommando 11b.

2 Anlage  
Geheim III b.  
Spezialbefehl für Gruppe Dessau!

Die ehemalige Gruppe tritt am 8. Dez. vorm um 8 Uhr zusammen. Sie hat ihren Dienst in Wilmersdorf, Kallerpark 18. Das Wartezimmer des Zahnarztes Witte ist bis auf weiteres das Nachrichtenbureau, bis Dr. Hehl andere Anordnungen trifft. Es bleiben für den Nachrichtendienst der Gruppe folgende Anschlüsse frei: Herwarthstr. 3a NW Noablt 3205. Bissing Koonstr. 11 7880. Bissing Reibenzstr. 71, Reinickendorf 115. Wagner Bärkerstr. 23, Reutkölln 9455. Freigabeanträge sind am 10. 12 Uhr mittags an die Telefonfreigabestelle zu richten. Bis zu dieser Zeit wird von anderen Apparaten unter dem Kennwort „Dessau“ verbunden. Am 9. sind die Hauptführer der Böbel- und Judenparteien zu überwachen und, damit sie mit Beginn der Bewegung sofort festgesetzt werden können. (Kommando 111b.)

Anlage 111b Geheim!  
Schlüssel für Nachrichten!

- Dessau
- Dulchnat. Partei: Brod, Dem. B.: Apfelfine, S. P. D.: Jitronen, H. S. P. D.: Eßig, R. P. D.: Senf, Reichswehr: Dörngemüse, Sipo: Grüne Bohnen, Bl. Polizei: Bl. Pfäumen, Flugpl.: Zucker, Menschl. Ansammlungen: (gh), Lebensmittelvorräte, Feindlicher Angriff: Butter, Hilfe: Boien schäden, Barrikaden: Mehl, Gr. u. H. Panzerwagen: gr. u. H. Lieferwagen, unsere Truppen: Kartoffeln.

Abchrift davon haben alle Mitglieder erhalten!

II. Panzerwagen: gr. u. kl. Dieferwagen, mehrere Truppen: Re-  
tellefen.

Abschrift davon haben alle Mitglieder erhalten!

Schließlich geben wir noch ein Protokoll und einige Briefe,  
die von ehemaligen Mitgliedern der berüchtigten Arbeitsgemein-  
schaft Kojbach stammen, wieder. Sie lauten folgendermaßen:

### Arbeitsgemeinschaft Kojbach.

Auf Veranlassung höherer Beamter a. D. gründete der Führer  
des ehemaligen Sturmtrupps Kojbach aus Baltikumern und  
rechtsstehenden Soldaten eine Arbeitsgemeinschaft. Die Zentrale  
dieser Organisation befindet sich Berlin-Wannsee, Otto-  
Erlich-Str. 10, in der Villa der Mutter des Leutnants Kojbach.  
Hier sind auch die Leutnants Richter und Bart, sowie zwei ehema-  
lige Unteroffiziere tätig.

Die Organisation geht neben der Orgelei her und wird von  
dieser finanziell unterstützt. Besonders der schlesische Orgeleifer,  
Erzengelz Mehlert, bei Prof. Richard Koch, Breslau, Kaiser-Wil-  
helmstraße, wohnhaft, läßt dem Gau Schlesiens größere Geldmittel  
zukommen. So hat Leutnant Schulz im Januar 8000 Mk. ab-  
geholt.

Die Organisation Kojbach zerfällt in die Gauen Pommern,  
Mecklenburg, Schlesien, Ostpreußen und neuerdings ist man mit  
Hilfe der Wirtschaftsvorstände der Landwirte und der Großgrund-  
besitzer dabei, Sachsen zu organisieren.

Ein Gau wird von einem sogenannten tatsächlichen Leiter (ehem.  
Stabschef) und einem in dem betreffenden Gau ansässigen  
Großgrundbesitzer (Zivilleiter) geleitet. Zu dem Gau gehören die  
Kreisleitungen, die sich wieder aus Kreisabteilungen zusammen-  
setzen.

Der tatsächliche Leiter für Pommern und Mecklenburg ist Oberst-  
leutnant a. D. Eberhardt, der Zivilleiter Oberförster a. D.  
von Bodungen in Eshwerda bei Ferdinandsstein in Pommern.

Für Schlesien ist Major a. D. Jelerabend; Zivilleiter Oberst-  
leutnant a. D. von Johnson in Bismark a. B. bei Breslau.

Für Ostpreußen ist der vorläufige Organisator Leutnant a. D.  
Vindemann in Königsberg, Schönstraße 32.

Für Sachsen sucht die Besizer der beim Großherzog von  
Sachsen-Weimar tätige Gilteroverwalter von Korfz zu gewinnen.

Für Schlesiens haben sehr viel Propaganda getrieben:  
Ritter a. D. von Hennebrand u. d. Vasa in Rassel bei Namosten.

Ritter a. D. von Wintersfeld in Nieschütz bei Hlogau.

Ritter a. D. von Vieres in Staplina bei Breslau.

Ritter a. D. von Kührig in Pulskowa bei Breslau.

Hauptmann a. D. von Delfen in Jachhofwiz.

Innerhalb der Organisation besteht ein Verband, der „Solda-  
ten-Treu-Bund“, dem nur zuverlässige Unteroffiziere angehören.  
Die Aufgaben dieser Leute sind folgende:

1. Angehörige der Arbeitsgemeinschaft zu beobachten und zu  
viel Wissende zu beseligen. (Z. B. im Sommer 1920 passierte  
bei Griefshagen ein Fall. Da haben Sergeant Gauje und  
Unteroffizier Schön einen Gutsarbeiter, der von einem Wap-  
tenverkäufer erfahren hatte, in den Fluß geworfen.)

2. verrichten sie den Nachrichtendienst;

3. werden sie in Fabrikbetrieben untergebracht, um die Arbeiter  
auszubilden.

Als S. T. B. Leute sind besonders bekannt:

Feldwebel Hans Otto auf Gut Kapplina bei Breslau.

Sergeant Walter Gauje auf Gut Gühroth bei Breslau.

Auch Herr Leutnant Michael, Breslau, Neuborfstraße 99, hat  
seiner Mutter wohnhaft, verdient höhere Beachtung. Auch wäre  
es interessant, zu erfahren, woher das Geld für neubestellte sechs  
Anzüge, Autosfahrten und gelegentliche Frühstücke bei Hansen, dem  
erstklassigsten Weinstaurant in Breslau, kommt, da er vermögens-  
los ist.

Bei Einstellung der Leute wird diesen gesagt, daß links-  
radikale oder sozialdemokratische Angehörige nicht aufgenommen  
werden, da diese Leute (moralische Schwelkenhunde, sagt Leutnant  
Michael) im Falle eines Streiks noch nicht auf Arbeiter schließen.

Bei Einstellung wird die Stammtafel ausgenommen, die fol-  
gende zwei interessante Rubriken enthält: fch. Dienstgrad und fch.  
Waffenart, die siffermäßig aufgenommen werden.

Die siffern sind: 1 = Schütze, 2 = Gefreiter, 3 = Unteroffi-  
ziers, 4 = Sergt. usw.

Waffenart: 1 = Infanterie, 2 = S. M. G., 3 =  
Feldartillerie, 4 = Fußartillerie, 5 = Kavallerie, 6 = technische  
Truppen und Train.

Die Leute werden truppweise untergebracht und zwar kommen  
auf jedes Gut ein Unteroffizier und acht Mann und vier Unter-  
offiziere, zwei als Forst- und zwei als Feldschuß. Alle bekommen  
Waffen. Die Korporalschaft Pistolen 6, die Schuhwächter Ge-  
wehre 98.

Waffenlager für Pommern Insel Wuk -- Algen --  
heim Jagdschloß des Fürsten Pothus liegen im Park 800 Gewehre,  
24 Flugzeugmotoren und 32 S. M. G.

Waffenlager für Schlesiens. Auf Schloß Pamelwitz  
bei Breslau des Oberleutnants von Schweinichen liegt eine Aus-  
rüstung für ein ganzes Bataillon.

Auf Schloß Eisenburg bei Wernitz, der Frau von Walden-  
burg, liegen Gewehre und 1 M. G.

### Für die Nichtigkeit:

geg. Alfred Gerth, geg. Friedrich von Rojchowski.

Nachtrag: Die Offiziere bekommen einen monatlichen Ge-  
halt von 800 Mk. und freie Station, die Leute den tarifmäßigen  
Lohn wie Landarbeiter und eine „Treu-prämie“ bis 300 Mk. Da-  
von müssen die Leute an die Zentrale 15 Mk. Mitgliedsbeiträge  
zahlen.

Die Großgrundbesitzer bezahlen pro Jahr und pro Mann 550  
Mark und eine einmalige Abgabe pro Morgen von 2 Mk. an die  
Zentrale.

In Pommern und Mecklenburg sind 4000 Mann, in Schlesiens  
2000 Mann, Ostpreußen und Sachsen erst im Begriff.

Richard Koch, Bad Orb, Reg.-Bez. Kassel, Feldbahntrupp.  
Und, Hallin ist in Schlesiens, keine genaue Adresse weiß ich nicht  
ebenso Großmann nicht. Am 30. 1. 21 besucht mich Hauptmann  
Damm, hier!

Bad Orb, R.-B. Kassel, den 19. 1. 21.

### Ueber Herr Roschowski!

Seien Dank für Ihren Brief vom 8. 1. mit Ihrem freund-  
lichen Angebot. Ich werde an ein paar alte Angehörige meiner  
Kompanie schreiben und sie Ihnen heruntersenden. Ich kann leider  
nicht ohne weiteres hier weg. Bin bei der Stehlung Pöckstedt  
Lager fest angestellt (mit 1000 Mk. im Monat). Ich werde Ihnen  
schreiben, wenn ich die Antwort von den Leuten, an die ich schreibe,  
da habe. Bin zur Zeit mit 50 Mann der Pöckstedter Stehlung im  
Lager Weischeide bei Bad Orb, mitten im Speßart, und habe  
eine Feldbahn ab, die nach Lohstedt verladen wird. Wir leben hier  
oben im Gebirge fast wie auf einer Nordpolexpedition, den ganzen  
Winter kommt kein Mensch hier herauf. Aber sonst ganz gemütlich.  
heute nacht sind wir wieder die eingeschneit, aber Holz zum Heizen  
ist ja genug da! Ich würde mich freuen, wenn wir auch weiter in  
Verbindung blieben und Sie mich gelegentlich einmal über den  
Stand Ihrer Sache orientieren würden, damit ich im Falle eines  
Falles mit meinen Leuten zu Ihnen kommen kann. Denn Schlesiens  
steht uns besonders am Herzen. Wir sind fast alle Schlesiens  
und alle Polenkämpfer. Herzl. Gruß Ihr Richard Koch.

Alle diese Dokumente zeigen die Gefahr, in der die deutsch-  
Arbeiterklasse sich befindet und gegen die Organe der Republik  
abzuverteilen. Wir wiederholen deshalb noch einmal:  
Arbeiterklasse darf sich nur auf sich selbst verlassen, nur ihr ent-  
schlossener Wille kann die Verschwörungspläne der Ehrhardtbanditen  
zum Scheitern bringen. Sie muß sich bewußt sein, daß diese  
Gefahr besteht, daß die Ehrhardtbanditen das Reg-

aufs neue knüpfen werden. Selbst wenn sie im Augenblick infolge  
der Aufdeckung ihrer Pläne von der Ausführung absehen müßten,  
sie würden die zerrissenen Fäden alsbald aufs neue zusammen-  
fügen. Sicher, daß die heimlich und offen mit ihnen sympathisieren-  
den Machthaber der Republik ihnen nicht wehe tun werden, ihnen  
keine ernstlichen Hindernisse in den Weg legen werden.

Die Gefahr ist da und besteht fort. Auf der Arbeiterklasse  
allein ruht die Hoffnung, daß die Reaktion zurückgeschlagen wird.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Seid bereit! Am Sonntag, dem  
13. März, müßt ihr den ersten Schlag führen durch massen-  
hafte Beteiligung an den Demonstrationen vor den Häusern gegen  
die Kriegsgesetze, gegen die Pariser und Londoner Beschlüsse,  
gegen die Verflachung durch die Entente, wie durch die innere  
Reaktion, durch die Ehrhardtbanditen und ihre deutsch-nationalen  
Sinterränner!

## Die bayerische Mördergrube.

München, 11. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.)  
Zwischen Augsburg und Ulm wurde vor einigen Tagen in einem  
Wald in der Nähe von Zulmarshausen die Leiche eines  
jungen Mannes gefunden, die über ein Dutzend Revolver-  
patronen und einen Messerfisch auswies. Man hielt die  
Leiche erst für einen Offizier, weil in der Nähe eine Offiziers-  
mühle gefunden wurde. Inzwischen wurde festgestellt, daß es sich  
um einen Johann Hartung aus Halle a. d. S. handelt,  
daß der Mord in einem Auto geschah und die Leiche dann  
ins Wasser geworfen wurde. Der Ermordete wird von  
der bayerischen Presse als Kommunist bezeichnet, der sich jetzt  
einer militärischen Stelle zum Verrat kommunistischer  
Waffenlager zur Verfügung gestellt haben soll und deshalb  
von einem Gesinnungsgenossen ermordet worden ist.  
Das klingt reichlich phantastisch und soll jedenfalls von der richtigen  
Spur ablenken. Die Polizei hat, wie sie in der Presse er-  
klärt, bisher noch keine Spur von den Tätern gefunden.

Der Mord hat viel Ähnlichkeit mit zwei andern politischen  
Mordtaten. In München wurde im vorigen Jahre ein Dien-  
stmädchen Sandmüller in einem Park in der Nähe von München ge-  
tötet. Auf einem Zettel, der bei ihr lag, stand geschrieben: „Du  
Schandweib hast verraten dein Vaterland, nun hat dich gerichtet  
die schwarze Hand.“ Der Mord war im Auto ausge-  
führt worden und die Ermordete stand im Zusammenhang mit  
dem Verrat eines Orgeleschweizers. Als Täter  
war ein Offizier dringend verdächtig, der dann nach  
Budapest geflohen ist, bevor die Polizei ihre Nachforschun-  
gen aufnahm. Der Mordversuch an Dobner, der den  
bayerischen Landtag beschäftigte, war auch in einem Auto ver-  
übt worden. Die Täter waren Orgeleschweizer und das  
Motto war wieder der Verrat eines Orgeleschweizers. Auch  
der neue Mord wurde im Auto verübt. Die Offiziersmühle  
denkt auf einen Offizier als Täter, und nach den Mel-  
dungen der bürgerlichen Presse scheint auch diesmal der Verrat  
von Waffenlagern die Ursache zur Tat gewesen sein. Wir berich-  
teten bereits am 4. März über einen Befehl von Meyer-König, des  
1. Vorsitzenden der bayerischen Königspartei, der mittelst, daß der  
Vollstreckende Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr  
Anweisung gegeben habe, Verräter von Waffenlagern zu zu-  
bringen. Es scheint also, daß es in München eine organi-  
sierte Mörderzentrale der Orgelei gibt. Wie die  
Verhältnisse in Bayern liegen, wird die Polizei auch bei diesem  
politischen Mord wie bei den früheren die Täter nicht fin-  
den und die Angelegenheit möglichst zu verwickeln  
versuchen.

## Wahnsinniger Luxus — gräßliches Elend.

Berlin, 10. März 1921.

Seit zwei Tagen debattiert der Reichstag über das welt-  
liche Gebiet des Ministeriums des Innern. Bei diesem Kapitel bringen  
die Parteien ihre besonderen Wünsche vor und Anträge ein, nach  
denen sie die Reichspolitik im Innern betreiben wissen wollen. In  
der heutigen Sitzung standen besonders zwei Punkte hervor: der  
Religionsunterricht auf der einen Seite und wahnsinniger Luxus  
und gräßliches Elend auf der andern. Die Rede unfres Genossen  
Dr. Moses bildete in der Debatte unstrittig den Höhepunkt. An  
drastischen Beispielen zeigte er, wie die bestehenden Schichten den  
wahnsinnigsten Luxus treiben, und wie auf der andern Seite das  
orauerhafte Elend existiert und das Massensterben der ausge-  
beuteten Schichten verursacht. An einem Abend wurden beim  
Pressefest in Berlin Millionen ausgegeben — der Eintritt für  
Hälfte war nur gegen Erlegung eines Tausendmarkscheins zu er-  
langen, und die Reichsregierung hat dieser Veranstaltung durch  
ihre Anwesenheit noch einen offiziellen Anstrich gegeben —, wäh-  
rend für soziale Zwecke die Bourgeoisie bestet und Schulkinde  
auf die Straße schießt. So sind für die Bekämpfung der Tuberkulose  
ganze 2,5 Millionen in den Haushalt eingestellt, für das Reichs-  
heer aber 5500 Millionen und für die Polizei 1500 Millionen; für  
Sekt hat die deutsche Bourgeoisie im verflochtenen Jahre 1000 Mil-  
lionen ausgegeben. Mit Recht kennzeichnete unser Redner diese  
Tatsachen als charakteristisch für die gegenwärtig in Deutschland  
existierenden sozialen Verhältnisse. Sehr wirkungsvoll schilderte  
er den immer größeren Gegensatz in den Lebensverhältnissen zwi-  
schen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Während jene in  
der Jagd nach Reichtum und Genuß immer trüffelnder wird, ver-  
sinkt die Arbeiterklasse in immer größeres Elend. An einzelnen  
Beispielen zeigte Genosse Moses, wie es um das Elend, die  
Kleidung und Nahrung der Armen bestellt ist.

Der Reichsminister Koch antwortete folgende auf die Rede  
unser Genossen und ließ den Mut, zu behaupten, Luxus werde  
in allen Schichten des Volkes getrieben. Wegen des Pressefestes  
entschuldigte er die Regierung und bemerkte, er selbst sei nicht dort  
gewesen, die Regierung habe aber gemeint, die gute Tradition  
fortsetzen zu sollen, nämlich, ein gutes Verhältnis zur Presse auf-  
rechtzuerhalten. Auf die schwerwiegenden Anklagen über das  
Elend und auf die ungenügenden Mittel zu dessen Bekämpfung  
ging der Minister gar nicht erst ein.

Die bürgerlichen Vertreter hatten andre Schmerzen, sie jam-  
merten darüber, daß der Religionsunterricht aus der Schule ver-  
schwinden soll, und sie hoben die gesunkene Moral und einen Teil  
des Elends sogar auf diesen Umstand. Stundenlang redete der  
Zentrumsmann Schreiber und der evangelische Pastor Eber-  
ling über diesen Gegenstand, wodurch schon angelegt wird, was  
den bürgerlichen Parteien am Herzen liegt.

Zu dem Kapitel Ministerium des Innern sind von den ver-  
schiedenen Fraktionen Anträge gestellt; auch unsere Fraktion hat  
dazu einige Anträge eingebracht, so u. a. den, die bayerische Ein-  
wohnerwehr sofort aufzuheben.

Morgen geht die Aussprache weiter.

## Für die Wiederaufnahme der Ver- handlungen.

### Eine Erklärung unserer preußischen Landtagsfraktion.

Der neugewählte Preußische Landtag trat am Donnerstag zu  
seiner ersten Sitzung zusammen. Der Alterspräsident Herzog  
(Zentr.), der die Sitzung eröffnete, ließ gegen die Sanktionen eine  
ähnliche Erklärung vom Stapel, wie sie jetzt in allen deutschen  
Landtagen läßtlich ist. Es waren wieder nur die Kommunisten und  
unsre Partei, die vom nationalistischen Rummel abtrüben.

Im Namen unserer Fraktion gab Abg. Ludwig folgende  
Erklärung ab:

Die USPD erklärt nach wie vor, daß die Wiedergutmachung  
der durch den Krieg verursachten Schäden in den betreffenden  
Ländern auch die Sache Deutschlands ist. Besonders deshalb er-  
heben wir diese Forderung, weil die erwerbsfähigen Schichten  
durch den Krieg am stärksten betroffen worden sind. An dem  
Scheitern der Londoner Verhandlungen ist vor allem das kapi-  
talistische Profitinteresse schuld. Wie man jederzeit aus dem  
Kriege ein Geschäft gemacht hat, so sucht man es jetzt zu machen  
aus der Besetzung seiner Folgen. Die kapitalistische Wiedergut-  
machungspolitik will die Kriegsgewinne zu noch höheren Wiede-  
gutmachungsgewinnen steigern. Dem sagen wir den schärfsten  
Kampf an. Ebenso bekämpfen wir es auf das Schärfste, daß der  
Ausgang der Londoner Verhandlungen zu einer nationalstaatlichen  
Seite benutzt wird. Die Besetzung der Zwangsmaß-  
nahmen verlangen wir schnellstens im Interesse der arbeitenden  
Klassen, die die Folgen am schmerzhaftesten verspüren, während die be-  
stehenden sich, wie immer, ihnen zu entziehen wissen. Deshalb for-  
dern wir baldmöglichst die Wiederaufnahme der Verhand-  
lungen und ihre Führung im Geiste der Wiedergutmachung.  
Das ist nur möglich auf dem Boden der Klassen-solidarität,  
wie es auf der Wiener Konferenz auch durch englische und  
französische Sozialisten ausgesprochen ist. Wir verlangen, daß die  
Verträge von den Kriegsgewinnern getragen werden,  
die aus der planmäßigen Zerschlagung Milliardengewinne erzielt  
haben. Ferner fordern wir rechte Entwaffnung, Auf-  
lösung der Einwohnerwehren, der Orgelei und ähnlicher Organisa-  
tionen und rufen zum Kampf auf gegen die Kriegsjuden und  
gegen das kapitalistische System, für den Sozialismus!

Bei der darauf folgenden Präsidentenwahl wurde Abg.  
Leinert (Soj.) wieder zum Präsidenten gewählt, die Abg.  
Dr. Forst (Zentr.), Dr. Kries (Nat. Vp.) und Dr. Garnich  
(D. Vp.) zu Vizepräsidenten. Zum Schluß wurde die Mittritte-  
erklärung der Staatsregierung verlesen. Sie wird bis zur Wahl  
der neuen Regierung die Geschäfte weiterführen.

## Der Auswärtige Ausschuh über Simons Bericht.

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der  
Lokalanzeiger und die Volksche Zeitung sind wieder einmal in  
der Lage, aus den vertraulichen Beratungen des Auswärtigen  
Ausschusses wieder einiges anzuspäheren. Diese Haltung der  
nach Sensationen jagenden Blätter, die immer wieder aus den  
Beratungen des Auswärtigen Ausschusses etwas ausplaudern,  
wird vermuthlich endlich einmal Veranlassung geben, daß unsre  
Abgeordneten energisch zu diesen Fragen des Vertrauensbruchs  
Stellung nehmen, damit nicht eine nationale Stimmungsmache  
durch den Mangel der Vertraulichkeit immer wieder bedingt wird.

Zum übrigen schreibt der Lokalanzeiger über die Berathun-  
gen des Auswärtigen Ausschusses: „Der Minister Simons  
gab in der Sitzung zu, daß er über die von den Sachverständigen  
gutegehehenen Zugeständnisse hinausgegangen sei. In der Frage  
der Antiseptik sei er optimistischer gewesen als die Sachverständigen.  
Die Kritik, die besonders von den Abgeordneten Helfferich  
und Stresemann geübt wurde, war, wie auch von den Ver-  
teidigern des Ministers zugestanden wurde, sehr zurückhaltend.  
Helfferich wies nach Ansicht des Lokalanzeigers überzeugend  
nach, daß Deutschland gar nicht in der Lage sei, drei Milliarden  
Mark jährlich zu zahlen, die der Minister angeboten hätte. Der  
Demokrat Schiffer fand warme Verteidigungsworte für Dr.  
Simons. Es sprachen noch Span von Zentrums, Hermann  
Müller und Ledebour. Allgemein fiel auf, daß auch Hugo  
Stinnes, der bekanntlich bei den Beratungen der Sachver-  
ständigen eine hervorragende Rolle gespielt hat, an der Berathun-  
g des Ausschusses teilnahm. Man erwartet, daß er in der  
heutigen Sitzung des Ausschusses, in der die Debatte fortgesetzt  
wird, sich an der Aussprache beteiligt.“ Der Lokalanzeiger be-  
hauptet dann, daß die Stimmung der Parteien gegenüber dem  
Minister sich zu seinen Gunsten geändert habe. Er meint damit  
offenbar die Deutschnationalen und schreibt: „Obwohl man an  
der Haltung des Ministers im einzelnen Artikel über könne, so  
würde es doch die Deffentlichkeit nicht verfehlen, wenn die Parteien  
dem Minister ihr Mißtrauen ausdrücken.“ Das bedeutet offenkun-  
dlich die Ankündigung des Umfalles der Deutschnationalen.

Die Sachverständigen beschwerten sich auch über die Gegen-  
vorschläge. Sie erklärten, die Verantwortung nur für die Denk-  
schrift tragen zu können, nicht aber für die Gegenvorschläge. In  
ihren Kreisen wehrte man sich weiter gegen die Behauptung,  
daß diese Vorschläge einmütig von ihnen gebilligt seien. Von ihnen  
wird im Gegenteil erklärt, daß die Gegenvorschläge von ihnen ein-  
mütig mißbilligt worden seien.

Die Volksche Zeitung stellt noch fest, daß die schärfsten An-  
griffe von dem Sprecher der Deutschnationalen, Dr. Helfferich,  
ausgegangen sind. An der Form der ersten deutschen Vorschläge  
übten fernerhin die Demokraten und Sozialdemokraten Kritik,  
die Sozialdemokraten übten fernerhin auch an der Art des Empfanges  
der deutschen Delegation bei ihrer Ankunft in Berlin. Die Volks-  
che Zeitung sagt: „Im großen und ganzen hatte man den Ein-  
druck, daß keine Partei mit der Art der Führung der Verhand-  
lungen durch Dr. Simons in London völlig einverstanden sei. Die  
Unzufriedenheit äußerte sich aber nicht in einer Form, die auf die  
Möglichkeit maßgebender Parteien schließen ließe, auf einen Wechsel im  
Reichsministerium des Auswärtigen zu drängen.“

Die Beratungen im Ausschuh werden heute um 10 Uhr vor-  
mittags fortgesetzt.

## Nationalistischer Rummel hüben — wachsen- der Widerstand drüben.

Bei der Ankunft Dr. Simons in Berlin haben sich  
Szenen ereignet, die lebhaft an die Begeisterungsmache im Juli  
1914 erinnerten. Der Bahnhof war von einer dichten Menschen-  
menge umlagert, der Wagenverkehr stocde, die Begeisterung wuchs,  
ununterbrochene Hochrufe auf Dr. Simons, den ersten Deutschen

Der der Entente ein Rest entgegengesetzt gewagt, wurden laut-  
lich usw. Auch Leipzig und andere deutsche Städte waren in den  
letzten Tagen der Schauplatz ähnlicher erbaulicher Szenen des  
nationalistischen Wahns, unter den sich wohl kaum ein Arbeiter  
wären dürfte.

Zimmerlich ist die Gefahr groß und nicht zu unterschätzen, die  
von dieser Seite droht. Ein Ergebnis hat der Rummel übrigens  
schon gehabt: er hat die Stellung Dr. Simons, die durch die An-  
griffe von rechts und links als sehr erschüttert schien, wieder ge-  
festigt. Das Kabinett und der Reichstagsausschuss für auswärtige  
Angelegenheiten haben sich hinter ihn gestellt.

Die nationalistische Hege wächst sich nicht nur zu einer schweren  
innerpolitischen Gefahr aus, sondern ist auch geeignet, die Wiede-  
rstände, die sich in den Ententeländern selbst gegen die Gewaltpoli-  
tik ihrer Regierungen regen, zu schwächen. Es sind vor allem die  
Arbeiterparteien, die energisch Front zu machen begreifen  
gegen die Kriegspolitik Lloyd Georges und Briand's. In Eng-  
land, Belgien, Frankreich, überall erwacht die Opposition der Ar-  
beiterklasse, die weiß, was ihr droht, wenn das alte Spiel wieder  
sogehet.

Aber auch innerhalb der Bourgeoisie, vor allem im  
Lager der englischen unabhängigen Liberalen, erheben sich Stim-  
men, die gegen die Politik der Vernichtung Deutschlands pro-  
testieren, und schließlich sind es die Regierungen Italiens  
und der kleineren Ententestaaten selbst, die nicht viel  
Reizung verspüren, eine Politik mitzumachen, von der sie sehr viel  
wirtschaftliche Nachteile, aber nicht den geringsten Vorteil zu er-  
warten haben.

## Vertrauensvotum für Dr. Simons.

Berlin, 10. März. (Amtl.) Unter dem Vorsitz des  
Reichspräsidenten fand heute vormittag eine Sitzung des Kabi-  
netts statt. In der der Minister des Auswärtigen über die Lon-  
doner Verhandlungen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Be-  
richts und der eingehenden Ausführungen, die sich in ausführlicher  
Aussprache ergaben, fasste das Kabinett einen Beschluss, der die  
Tätigkeit des Ministers einmütig billigt und sich mit seiner Hal-  
tung in London einverstanden erklärt. Der Reichspräsident  
schloß daran den Ausdruck des Dankes für die hingebende Arbeit  
des Reichsministers und der Delegation.

Berlin, 11. März. Die gestrigen Beratungen des Reichstags-  
ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Londoner  
Verhandlungen sind in der 9. Abendstunde abgeschlossen und auf  
heute vertagt worden. Trotz den Ausführungen einzelner Abge-  
ordneter an der Verhandlungsführung durch Dr. Simons herrschte  
im wesentlichen Übereinstimmung darüber, daß die deutsche Dele-  
gation ihrer Aufgabe vollumfänglich gerecht geworden ist. Die Aus-  
sicht im Reichstag über die Londoner Konferenz wird voraus-  
sichtlich am Sonnabend vor sich gehen.

## Die Durchführung der Sanktionen.

Strafmaßnahmen für alle Verstöße Deutschlands,  
London, 9. März. (Havas.) Die heutige Sitzung der Kon-  
ferenz begann mittags um 12 Uhr und war um 1 Uhr 45 Min.  
beendet. Die alliierten Delegierten prüften in ihren Einzelheiten  
die Durchführungsmaßnahmen der wirtschaftlichen Zwangsmaß-  
nahmen und nahmen Kenntnis von dem ersten Bericht der Rhein-  
landkommission, wonach die Beschlagnahme der Zölle an der  
Grenze, welche Deutschland von Frankreich und Belgien trennt,  
bereits begonnen hat. Darauf prüften sie die Bedingungen für die  
Errichtung einer Zollgrenze am Rhein und bestimmten, welche  
Erzeugnisse bei ihrer Einfuhr oder bei ihrer Ausfuhr aus dem be-  
sehten nach dem unbesetzten Deutschland belastet werden können.  
Zum Schluß legten sie die Grundlagen für einen einheitlichen  
Zolltarif fest, der von jeder der beteiligten Regierungen  
ihrem zuständigen Parlament vorgelegt werden soll, um so zu er-  
reichen, daß ihre Staatsangehörigen für Rechnung der Repara-  
tionskommission einen Teil der Zahlungen leisten, die sie ihren  
deutschen Lieferanten schulden.

Die wichtigste Entscheidung, die heute getroffen wurde, besteht  
in der Annahme des Grundprinzips der Anwendung der  
Strafmaßnahmen für alle Verstöße Deutschlands  
gegen den Versailler Vertrag, sei es, daß es sich um die Entwaldung  
handelt oder um die Auslieferung der Kriegsgeldschulden oder  
um sonstige Verstöße.

Morgen wird die Konferenz die griechischen und türkischen De-  
legierten anhören. Genua wird in den Abendstunden in Lon-  
don eintreffen.

## Keine Annexion oder Autonomie des Rheinlandes.

Paris, 10. März. Nach einem Telegramm aus London ver-  
öffentlicht Reuters eine Mitteilung, in der besonders hervorgehoben  
wird, daß Lloyd George gestern auf gewisse Kommentare der  
französischen Presse hinweisen habe, in denen gesagt wurde, die  
Errichtung einer neuen Zollgrenze am Rhein könne als der An-  
fang, wenn nicht der Annexion der Rheinlande, so doch  
als eine ernsthafte Trennung zwischen dem besetzten und dem un-  
besetzten Deutschland aufgefaßt werden. Lloyd George habe ferner  
gefragt, obwohl er vollkommenes Vertrauen zu Briand habe und  
auch zur Vernunft der Mehrheit seiner Landsleute und obwohl er  
Verständnis für die Elemente sowie von Mitterand besitze, müsse er  
dennoch eine neue und endgültige Versicherung des Ministerprä-  
sidenten Briand erhalten, daß Frankreich weder eine Annexion noch  
die Autonomie der Rheinlande ins Auge fasse. Ministerpräsident  
Briand habe formell erklärt, daß unter den verantwortlichen  
französischen Staatsmännern kein derartiger Gedanke gehegt  
habe. Lloyd George habe in seiner Antwort gesagt, er sei sehr  
glücklich über diese Versicherung. Er habe hinzugefügt, daß er per-  
sönlich niemals einen Zweifel über die Haltung des französischen  
Ministerpräsidenten nach dieser Richtung gehabt habe.

## Die Kohlenhäfen in die neue Zollgrenze ein- geschlossen.

London, 9. März. (Havas.) Der Oberste Rat regelte heute  
die Einzelheiten der Durchführung der Zollwangsmaßnahmen  
und sandte zu diesem Zweck ein Telegramm an Herrn Tirard,  
Vorlegenden der internationalen Rheinlandkommission. Die Zoll-  
grenze am Rhein wird die drei Wäldertöpfe und die drei erst  
besetzten Städte (Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort) in sich ein-  
schließen und so etwas auf das rechte Rheinufer übergreifen. Die  
Festsetzung der Zolllinie für den Übergang von dem einen Rhein-  
ufer auf das andere wird der Beurteilung durch die Oberkom-  
mission überlassen.

Paris, 9. März. Wie Havas meldet, besagt der Bericht über  
die Vornachtsprüfung der Konferenz ausdrücklich, daß bis auf weite-  
res der Zoll in dem besetzten Gebiet nach dem gegenwärtigen  
deutschen Zolltarif erhoben wird.

## Das Proletariat der Entente zu den Sanktionen.

Protest der englischen Arbeiterpartei.  
London, 10. März. Im Unterhaus erklärte im Verlauf der  
Debatte über den Abbruch der Verhandlungen der Abg. Cline  
(Arbeiterpartei), der letzte Beschluss der Alliierten sei eine Frage  
der auswärtigen Politik, die an Bedeutung hinter seiner seit Be-  
endigung des Krieges entstandenen Frage zurückstehe. Während  
man für die Regelung der Schwierigkeiten mit Deutschland mehr  
durch ein Übereinkommen als durch Gewalt eingetreten sei, habe  
man zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, deren Ende nicht absehbar

werden könne. Die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß keinwegs  
alle Mittel erschöpft worden seien, um zu einer Lösung auf dem  
Wege des Übereinkommens zu kommen. Die Arbeiterpartei sei  
der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich  
die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur  
noch erhöhen werde. Nur durch Wiederherstellung des normalen  
Handels in Europa könne der Wunsch, Deutschland zahlen zu  
lassen, verwirklicht werden. Die bisher angewandten Maßnahmen  
machten Deutschland unfähig zu zahlen, und durch die in der Re-  
parationsfrage von den Alliierten befolgte Politik werde dem  
Empfänger ein größerer Schaden zugefügt als im zahlenden Teil.

## Kritik der belgischen Sozialisten.

Brüssel, 10. März. (U.) Die sozialistische Kammergruppe  
hat sich gestern mit der weiteren Besetzung Deutschlands und mit  
der Londoner Konferenz beschäftigt. Sämtliche Abgeordnete kriti-  
sieren die vorgenommenen Sanktionen und meinen, daß man zu  
scharf vorgegangen sei, und daß es so nicht weitergehen dürfe.

## Neue Verhandlungen nach der ober-schlesischen Abstimmung?

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung der U.) Das  
Berliner Tageblatt bemerkt, man sei versichert, daß zunächst  
von Beratungen zur etwaigen Fixierung einer neuen Verhand-  
lungsbasis keine Rede sein könne. Es scheint übrigens, daß  
die Regierung erst die Abstimmung in Oberschlesien abwarten will.  
Das wird bestätigt durch ein Telegramm des Londoner Bericht-  
erstatters des Zentralkomitees, welches meldet, man sei in London  
überzeugt, daß Deutschland gleich nach der ober-schlesischen Volks-  
abstimmung neue Vorschläge machen werde. Man sei weiter da-  
von überzeugt, daß die Verbündeten eine neue Unterhandlung  
dann nicht ablehnen werden.

## Vorbehalte Italiens und Jugoslawiens.

Mailand, 10. März. (U.) Corriere della Sera meldet  
aus London: Der Oberste Rat beschäftigte sich gestern in zwei  
Sitzungen mit der Frage der Zollhebung in den besetzten Gebieten  
des Rheinlandes. Der Oberste Rat hat von der friedlichen Be-  
setzung der drei deutschen Städte Kenntnis genommen und jorzi-  
die Angelegenheit der Sequestrierung der Zölle besprochen. Die  
Sequestrierung wird tiefgreifende Folgen für die interessierten  
Länder haben, so daß der italienische Minister des Auswärtigen  
sich gezwungen sah, sofort wesentliche Vorbehalte zu erheben. Er  
erklärte, daß er sich gegenwärtig nur den allgemeinen Entschlüssen  
der Entente anschließen könne, die technischen Einzelheiten aber  
erst mit den interessierten italienischen Banken, Handels- und In-  
dustriekreisläufen besprechen müsse. Ähnliche Vorbehalte erhob der  
serbische Vertreter. Es wurde aber durch Lloyd George und  
die französischen Vertreter erklärt, daß alle vorgeschlagenen Maß-  
nahmen angenommen wurden.

## Deutschnationale Hoffnungen auf Regierungsherrlichkeit in Preußen.

Berlin, 11. März. (Eigene Drahtmeldung der U.) Die  
Deutschnationalen können gar nicht schnell genug an die Regierung  
in Preußen kommen. Die Deutsche Tageszeitung erklärt in einem  
längeren Leitartikel gleich zu Anfang: „Nach unserer Meinung  
müßte ein unmöglicher Zustand dadurch geschaffen werden, daß  
die Regierungsbildung in Preußen bis nach der Osterpause vertagt  
wird.“ Sie gibt eine Meinung der Deutschnationalen Korrespon-  
dent wiederum, in der es über die Präsidentschaftswahl heißt:

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat für die vor-  
geschlagenen Zusammensetzung des Präsidiums gestimmt, sie geht  
dabei davon aus, daß es sich dabei nach § 8 der Geschäftsordnung  
nur um ein Provisorium von vier Wochen handelt. Bei der be-  
sonderen Befugnis, die der Artikel 14 der preussischen Verfassung  
dem Präsidenten hinsichtlich der Auflösung des Landtages gibt,  
wird bei der endgültigen Wahl des Präsidiums der natürliche  
Zusammenhang zwischen der Bestimmung des Präsidentenpostens  
und der Regierungsbildung zu berücksichtigen sein.

Die Deutschnationalen sind also bereits der festen Auffassung,  
daß sie in die Regierung eintreten werden und daß sie deshalb  
gleichzeitig den Anspruch auf den Präsidentschaftsposten des Landtages  
erheben könnten. Die Deutsche Zeitung erklärt:

„Der Vorschlag der deutschnationalen Fraktion, die gegebene  
Gelegenheit zu benutzen und dem Lande eine bürgerliche Kon-  
sultationsregierung zu geben, die sich auf eine ausschlaggebende Mehr-  
heit im Parlament stützen könne, war bis zum gestrigen Abend  
weder vom Zentrum noch von den Demokraten — die übrigens  
ausgeschieden könnten; ohne die bürgerliche Mehrheit zu zerstören —  
beantwortet worden. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei eine  
zukommende Antwort gegeben. Daß das Zentrum sich nicht so  
leicht entschließen wird, mit den Rechtsparteien unter Ausschluß  
der Sozialdemokraten zusammenzugehen, hat man von vornherein  
annehmen müssen. Auf der andern Seite aber wird das Zentrum  
schwerlich verantworten können, um den Preis, daß nur ja die  
Sozialdemokraten nicht übergangen werden, die stärkste Partei,  
die Deutschnationalen, bei der Regierungsbildung auszuschließen.“

## Eine freche Provokation.

Wider und tiefe Entrüstung mußten die Feststellungen über  
die vielfachen Raubtaten und Bestialitäten der Autohaken-Henters-  
knechte in Breslau bei jedem gestillten Menschen hervorgerufen. Es  
mußte deshalb schon das Rechtsempfinden des Volkes aufs tiefste  
verletzt werden, wenn der Verteidiger in der Breslauer Verhandlung  
forberte, daß die gemeinen Verbrechen der drei Menschenhinder  
unter die Amnestie für politische Verbrechen fallen sollten. Als  
eine unangenehme Provokation der Volksmassen muß es aber emp-  
funden werden, wenn ausgerechnet in den Tagen der Gerichts-  
verhandlung einer der Verbrechen noch militärisch ausge-  
zeichnet wird. Wie die Schlesische Arbeiterzeitung berichtet,  
teilte in einer der letzten Verhandlungen der Verteidiger mit, daß  
dem angeklagten Offiziersstellvertreter Walter von  
der Abwidlungsidee des früheren Generalkommandos die Dienst-  
auszeichnung erster Klasse verliehen wurde. Eine frechere Her-  
ausforderung der ohnehin empörten Volksmassen ist kaum denkbar.  
Die Auszeichnung des Verbrechers gerade in diesen Tagen muß  
geradezu als eine Aufforderung an die Soldaten der Reaktion,  
die Schandtat der Autohakenbanditen nachzumachen, angesehen wer-  
den. Hatte der „demokratische“ Reichswehrminister keine Mög-  
lichkeit, diesen skandalösen Vorgang zu verhindern? Oder hat er  
nicht einmal so viel Macht mehr, daß er die Auszeichnung eines  
solchen gemeinen Menschenhinders durch militärische Behörden  
verhindern kann?

Ueber die Verzögerung des Autoprozesses wird jetzt berichtet,  
daß die Vertagung der Verhandlung wegen der Herbeiführung  
von Zeugen aus dem Rheinland erfolgt ist. Die Verhandlung soll  
heute fortgesetzt werden.

## Einstellung der Rigaer Verhandlungen?

London, 10. März. Die Times meldet aus Riga:  
Die russisch-polnische Konferenz hat ihre Arbeiten  
eingestellt. Die Bolschewiki geben als Ursache an, daß Zoffe

krank sei. Sämtliche Kommissionen haben ihre Arbeiten ebenfalls  
eingestellt.

## Die Unruhen in Rußland.

Ziele der Aufständischen von Kronstadt.  
O.E. Teroff, 10. März. Dem Berichterstatter des Ost-Express  
ist es gelungen, sich ein Exemplar der vom Kronstädter Revo-  
lutionskomitee herausgegebenen Zeitschrift vom 8. März zu ver-  
schaffen. Im Leitartikel wird die Forderung aufgestellt, daß die  
gesamte Gewalt den Sowjets, nicht aber den Parteien gehören  
müsse. In einem andern Artikel wird der Versuch der Sowjet-  
presse, den Kronstädter Aufstand als eine weingardistische Ver-  
schwörung hinzustellen, scharf zurückgewiesen und gegen die Ver-  
schuldigung protestiert, daß sich die Kronstädter Aufständischen an  
Finland verkauft hätten. Der Gen. Trotski vertritt die Ansicht, daß  
allen Mitteln die Entsendung von Arbeiterdelegationen nach Kron-  
stadt, die sich über die von den Matrosen in ihrem Kampfe er-  
reichten wahren Ziele vergewissern könnten. In einem „Wofür  
wir kämpfen“ überschriebenen Aufsatz werden folgende Kommi-  
ttee aufgestellt: Für die Befreiung der von den Kommunisten  
gekauften Persönlichkeit; gegen die Gewalt der Unordnungs-  
lichen Kommission (Tscheka), der Bureaucratie und der Bolschewiki-  
kommissare; gegen die Verschleppung der werktätigen Massen durch  
die Gewerkschaften; gegen die Massenerschießungen von Bauern;  
für Rußland, das zur höheren Ehre der Kommunisten, denen die  
Vollinteressen fremd sind, in Blut ertrinkt. „Wir haben“ — so  
heißt es in dem Aufsatz — „das Banner der dritten Revolution  
erhoben. Das Leben unter dem Joch der Kommunisten ist furcht-  
barer als der Tod. Es gilt zu siegen oder zu sterben. Wir kämp-  
fen gegen die Konterrevolution von rechts und links. Die Welt  
muß sich davon überzeugen, daß in Rußland bisher kein Sozialis-  
mus bestanden hat. Wir werden die freie Wahl der Sowjets  
durchsetzen. Wir erstreben die Vereinigung der Arbeiter, Bauern  
und der werktätigen Intellektuellen.“

Die Zeitschrift des Kronstädter Revolutionskomitees stellt mit,  
daß es in Kronstadt ruhig sei. Es sei kein Besatzungs-  
zustand verhängt, denn es liege kein Grund vor, sich vor den  
einen Arbeitern, Matrosen und Intellektuellen zu fürchten. Bei  
dem Bombardement sind bisher nur zwei Matrosen verwundet  
worden. Die Paris haben durch die Beschießung nur wenig ge-  
litten. Die Stimmung in Kronstadt ist einmütig und zuversicht-  
lich. In Anbetracht der Lebensmittellieferung teilt die Garnison  
ihre Lebensmittel mit der Bevölkerung.

Kronstadt hat einen Teil der bolschewikischen Batterien zum  
Schweigen gebracht. Sachverständige versichern, daß es unmöglich  
für die schwachen Kräfte der Küstenforts unmöglich sei. Kronstadt  
durch ein Bombardement zu beswingen. In Petersburg ist es  
vorläufig ruhig. Die Regierung ruft in Proklamationen zum  
Kampf mit der Gegenrevolution auf. Die Petersburger Arbeiter-  
schaft ist über die Verhandlungen und Ziele der Kronstädter Auf-  
ständischen nicht unterrichtet.

## Verhandlungen zwischen Sowjet-Regierung und Aufständischen?

Berlin, 11. März. (U.) Aus unerlässlicher Quelle erfährt das  
Berliner Tageblatt: Nach einer jochen aus Wiborg eingetrof-  
fenen Nachricht ist in der Laage von Petersburg insofern eine Wen-  
dung eingetreten, als Verhandlungen zwischen den Bolschewiki  
und den Aufständischen eingeleitet worden sind.

London, 9. März. Nach den letzten hier eingetroffenen Mes-  
sungen sollen Trotski und Sinowjew ihr Hauptquartier in der  
Peter-Pauls-Festung aufgeschlagen haben, wohin auch General  
Bessilow berufen sein soll, der zum Oberbefehlshaber ernannt  
wurde.

## Reaktionäre Offiziere Helfer des Kronstädter Aufstands?

Petrograd, 8. März. (Kosta.) Nachrichten aus Kronstadt  
besagen, daß die Macht in der Stadt in die Hände der früheren  
Offiziere übergegangen ist. Die Soldaten und Matrosen nehmen an  
den Entscheidungen der Beschwerden nicht mehr aktiven Anteil  
und versuchen, sich von den Offizieren fernzuhalten. Am Falle der  
Beschießung Kronstadts wollen die Offiziere das sinnliche Ufer  
beschließen, um so ein Aufsteigen Finnlands gegen Sowjetrußland  
herbeizuführen. — Von dem reaktionären Komitee der „Wieder-  
geburt Rußlands“ wird eine starke Propagandaaktivität entfaltet.  
— Die Stimmung in Kronstadt ist sehr gedrückt. Die Bevölkerung  
warlet mit Ungebuld das Ende des Aufstands und verlangt, die  
weingardistischen Offiziere sollen der Sowjetregierung ausgeliefert  
werden. Unter den Offizieren herrscht große Uneinigkeit, die  
Matrosen haben ein besonderes Komitee gebildet, das beantragt  
ist, die Mitglieder des Revolutionskomitees zu überwachen und  
deren Flucht nach Finnland zu verhindern.

## Erfolge der Aufständischen?

London, 11. März. (U.) Laut Times haben sich die Revo-  
lutionären gemäß einem amtlichen Berichtes Peteroburas mit  
Ausnahme zweier Bahnhöfe bemächtigt. Die Roten Truppen  
hatten schwere Verluste. Die Times vernimmt ferner, daß alle  
Bolschewiki-Führer per Auto aus Petersburg geflohen sind. Der  
russischen Delegation in Riga wird gemeldet, daß sich Krahucze  
Gorka und Drienbaum in den Händen der Aufständischen befinden.  
Diese Meldung steht mit den meisten andern vorliegenden  
Nachrichten im Widerspruch und erscheint wenig glaubhaft.

## Massenverhaftungen wegen des Uffentals in Madrid.

Madrid, 9. März. Nach Blättermeldungen wurden infolge  
des gestrigen Mordanschlags bereits etwa 50 Verhaftungen vor-  
genommen. Unter den Festgenommenen befinden sich mehrere  
Sindakisten und Sozialisten, darunter auch bekannte Journalis-  
ten. Die Nachrichten aus der Provinz lassen erkennen, daß der  
Anschlag gegen Dato allgemeine Bestürzung und Empörung (?)  
ausgelöst hat.

## Polen will die Lebensmittellieferungen an Danzig einstellen.

Danzig, 11. März. Nach einer Meldung des Senats droht  
Polen, um Danzig den polnischen Forderungen bei den Wirtschafts-  
verhandlungen gefällig zu machen, mit der Einstellung der Lebens-  
mittellieferungen an Danzig, zu denen es vertraglich verpflichtet  
ist. Danzig muß daher zu anderweitiger Lebensmittelbeschaffung  
greifen, was es einen Mehraufwand von 40 Millionen Mark  
braucht. Im Danziger Volkstage wurde die polnische Exporter-  
tattik auf das Schärfste verurteilt.

## Von Nah und Fern.

Millionenschaden durch Feuer in einem Stahlwerk.  
Wien, 10. März. Die Blätter melden, daß bei einem gestern  
Nacht in den Ternitzr Stahlwerken ausgebrochenen Brand ein  
Schaden von mehr als 30 Millionen Kronen entstanden sei.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Friedrich Fleißner in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil:  
Friedrich Bille, Vordorf-Leipzig.  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittenbergische, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Von Freitag, den 11. März bis Freitag, den 18. März

# Billige Hosen-Woche

Jetzt erst recht, nachdem durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen die Notwendigkeit der Stärkung des Binnenmarktes erwiesen ist, muß die Bedarfsdeckung breiterer Schichten unseres Volkes erstes Ziel der Wirtschaft sein. Durch einen abermaligen Preis-Abbau wollen wir den Einkauf desjenigen Klebbedruckes, des Beinkleides, in dem offenbar der größte Bedarf vorliegt, ermöglichen. Ohne Rücksicht auf frühere Herabsetzungen, ohne Rücksicht auf die alten Einkaufspreise, nur mit Rücksicht auf die neue Wirtschaftslage, ermöglicht durch neue große Einkäufe zu ganz besonders niedrigen Preisen stellen wir

unser gesamtes Hosen-Lager, über viertausend Stück, zum Sonderverkauf.

Reguläre Preise auf den Preisschildern vermerkt	M. 65.- 75.- 85.- 95.- 110.- 125.- 140.- 165.- 190.- 215.- 225.- 240.- 290.-
Preise der billigen Woche nach dieser Liste, die Sie beim Einkauf mitbringen wollen	M. 50.- 60.- 70.- 80.- 90.- 100.- 120.- 130.- 140.- 165.- 175.- 190.- 240.-

**H. Hollentamp & Co. Leipzig**

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Brüht 28/32

Ede Reichsstr.

## U.S.P.O. Gross-Leipzig

**Mitteln.** Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Galkhof. Tagesordnung: Was ist Sozialismus und was ist Kommunismus. Ref.: Gen. Ernst Frenzol. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Gahwitz-Großstädteln.** Sonnabend, 13. März, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Feldschloß Großstädteln. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Leipzig-Groß.** Morgen Sonnabend **Familienabend** in der Terrasse.

**Mitteln.** Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Kasino. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige politische Lage und die Verhandlungen in Wien und London. Ref.: Genosse **Rud. Kühn**, Leipzig. 2. Freie Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Sanitz.** Sonnabend, den 12. März, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** bei Staenemann. 1. Vortrag über: Entfaltung der Religion. Ref.: Genosse **Hoppe**. 2. Verschiedenes. Gäste sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

**Blagwitz-Lindenau-Schleußig.** Sonnabend, abends 8 Uhr, **Diskussionsabend** in Stadt Altenburg. Lindenauer Werk. Tagesordnung: 1. Vortrag: Sozialisierungsfragen. Ref.: Gen. **Holnr. Fleißner**. 2. Aussprache. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Bobelwitz.** Sonntag, den 13. März, nachm. 4 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Galkhof. Tagesordnung: 1. Unsere Aufgaben in der Kommunalpolitik. Ref.: Gen. **Krone**, Wiedersheim. 2. Aussprache. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

## Metallarbeiter

**Verband** Die Arbeiter der Metallindustrie sind alle in den Metallarbeiter-Verband eintritten. Der Vorstand.

**Achtung!** Am 12. März, abends 7 Uhr, findet im **Volkshaus** (Galkhof links) eine **Versammlung** für alle in Leipzig beschäftigten und zu Ostern in die Lehre kommenden **Bauschlosser-Lehrlinge** und deren Eltern statt. Es ist dringend notwendig, daß alle Eltern pünktlich mit erscheinen. Die **Lehrlingskommission**.

Die in der Generalversammlung am 16. Februar beschlossene **Erhebung von Extrabeiträgen** für die Dauer von 13 Wochen tritt am 13. März in Kraft. In der 1. Klasse beträgt der Beitrag 6.- Mk., in der 2. Klasse 3.50 Mk. Arbeitslose, Kranke und Jugendliche sind dabei ausgeschlossen. Die Ortsverwaltung.

**Osten.** Montag, den 14. März 1921, abends 7 Uhr: **Sitzung der Vertrauensmänner und Betriebsräte** im Restaurant Grüne Aue, Anger, Bernhardtstr. 28. Tagesordnung: 1. Vortrag. Ref. Kreißel. 2. Bezirksangelegenheiten. — Vertretungen mitbringen. Das Agitationskomitee u. d. St.

**Westen.** Dienstag, den 15. März 1921, abends 7 Uhr: **Sitzung der Vertrauensleute und Betriebsräte** in zwei Sälen, Karl-Heine-Strasse. — Jeder Betrieb muß vertreten sein. Das Agitationskomitee.

**Städtische Betriebe.** Dienstag, den 15. März 1921, abends 6 Uhr: **Vertrauensmänneritzung** im Volkshaus. Die Brandenkommision.

**Schleußig.** Dienstag, den 15. März 1921, abends 7 Uhr: **Versammlung** im Deutschen Haus. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Friedemann. 2. Gewerkschaftsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vertrauensmann.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Leipzig **Telephon 497**  
Bureau, Gröbnerstr. 1, 11. Oberer Markt, Zimmer 12-18 und 23-24. Fernschreiber-Zimmer 16-18 von 12-14 u. 4-6 Uhr. Sonntags durchgehend von 9-3 Uhr. Zimmer 23 von 8-6. Sonnabends von 1-3 Uhr zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftszeit auch pünktlich einzuhalten.

**Die Wahlen zum Verbandstag in Hamburg und Gautag in Chemnitz** finden Sonntag, den 13. März 1921, von 9-3 Uhr in folgenden Lokalen statt.

- Bezirk Leipzig-Zentrum. Wahllokal: Restaurant Gutenberg, Johannisgasse 19/21.
- Bezirk Leipzig-Süd. Wahllokal: Restaurant M. Haupt, Südbühne 34.
- Bezirk Holzhausen-Schleußig. Wahllokal: Gute Quelle, Ede Kirch- und Konradstr.
- Bezirk Leipzig-Lindenau. Wahllokal: Restaurant Stadt Altenburg. Markt.
- Bezirk Leipzig-Großschloß. Wahllokal: Rest. Gambinius, Co., Wiedemannstr.
- Bezirk Leipzig-Großschloß. Wahllokal: Restaurant Fuchsische, Hamburger Straße.
- Bezirk Leipzig-West. Wahllokal: Restaurant Schumann, Promenadenstraße 5.
- Bezirk Leipzig-Neudorf-Neudörfchen. Wahllokal: Rest. Gambinius, Reud., Kreuzstr.
- Bezirk Leipzig-Blagwitz. Wahllokal: Restaurant Kamerun, Köpenickstraße.
- Bezirk L. Thonberg-Schlitz. Wahllokal: Rest. Stadt Hof, Ede Hofstr. u. Stötterkerstr.
- Bezirk L. Gohlis-Neudorf. Wahllokal: Restaurant 3 Haken, Gohlis, Modernische Str. 28.
- Bezirk Leipzig. Wahllokal: Restaurant Barneder Hof, Barneder Straße 11.
- Bezirk L. Singer. Wahllokal: Restaurant Ungerichshöfen, Zweingandorfer Straße.
- Bezirk L. Kleinböcker. Wahllokal: Restaurant am Bürgerspark, Altmarktstraße 21.
- Bezirk Dörsch-Großschloß-Marktleberberg-Schleußig-Galkhof. Wahllokal: Rest. zur Post, Dörsch.
- Bezirk Großschloß-Neudorf-Schleußig-Schleußig-Galkhof. Wahllokal: Restaurant Goldner Krug, Großschloß.
- Bezirk Röhla. Wahllokal: Restaurant Stadt Leipzig.
- Bezirk Großschloß-Großschloß. Wahllokal: Galkhof.

Für die Bezirke Dörsch, Gohlis, Marktleberberg, Schleußig, Galkhof, Großschloß, Neudorf, Knauthain, Quantzberg, Röhla, Großschloß, Hohenseina finden die Wahlen am selben Tage in der Zeit von 10-1 Uhr statt.

Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, welches nicht mehr als sieben Wochen Beitragsrückstände hat. Bei der Wahl ist das Mitgliedsbuch vorzulegen, ohne Mitgliedsbuch kann die Wahl nicht ausgeübt werden.

Arbeitslose müssen deshalb ihre Mitgliedsbücher im Bureau abholen. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Den Mitgliedern steht es frei, in welchem Lokale sie wählen wollen. Infolge der am Sonntag stattfindenden Demonstration wird die Wahlzeit bis 3 Uhr nachmittags verlängert.

Die Wahlvorsteher der Wahlbezirke haben Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im Bureau, Zimmer 23, das Wahlmaterial in Empfang zu nehmen. Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei der Wahl sind während der Wahlzeit im Bureau beim Bevollmächtigten anzubringen. Die Ortsverwaltung.

**Modellsticker.** Sonnabend, den 12. März, abends 7 Uhr, **Branchenversammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht der Sektionsleitung. 2. Besprechung der Akfordringe. Die Ortsverwaltung.

## Freireligiöse Gemeinde Leipzig.

Sonntag, 13. März, vorm. 10-11 Uhr, in der Frauenberufsschule, Schillerstr. 9 **Öffentl. Weltanschauungs-Unterricht.** Eltern und Erzieher, auch Nichtmitglieder laden wir hierzu ein.

**Mittwoch, 16. März, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Volkshaus (Gartencafé).** Tagesordnung: 1. Vortrag über Feuerbestattung. Referent: Dr. Rippenberger. 2. Genehmigung der Satzungen unserer Feuerbestattungskasse. 3. Verschiedenes. — Wir erwarten zahlreiches Erscheinen der Mitglieder zu dieser wichtigen Versammlung.

Sonntag, den 20. März, vormittags **Jugendwoche.** Nachm. von 4 Uhr an **Nachfeier** in der Burgaue, Leutzsch, für Schulentlassene und Angehörige. Mitglieder und Gäste sehr willkommen. Der Vorstand.

**Wohlfühlzimmer** von 5400 an  
**Schlafzimmer** von 3200 an  
**Küchen-Einrichtungen** von 2895 an  
empf. Möbels. Große Nürnberg. Str. 54 (Lab.)

**Gar. reiner Blütenhonig, Pfd. Mk. 17.00**  
H. Schellbonig  
**Jahn, Schützenstrasse 21.**

**billige Lebensmittel**  
Schweineschmalz . . . Pfd. 11.00  
Vollreis . . . Pfd. 2.40  
Preissolbockkompott, süß . . . Pfd. 2.80  
Tafelmargarin, Würfel . . . Pfd. 9.45  
Kernsölze, Doppelpack . . . Pfd. 3.30  
Alle and. Waren zu den bekannt. bill. Preisen  
Schönefeld, Paul-Reyse-Strasse 30  
Sellershausen, Bülowstrasse 41  
Reuditz, Kapellenstrasse 10  
Kleinzschocher, Wigandstrasse 48

Kognak, Weinbrand 11.52—  
Kognak, Bierschnitt 11.44—  
Jam. Rum, Berich. 11.50  
Für Gastwirte u. d. Gastw. billigen Preisen  
**A. Krieger Nachf.**  
Leipzig-Lindenau  
Morsburger Straße 79

## Konsumverein für Gaußsch u. Umgegend

E. G. m. b. H.  
Sonnabend, den 19. März, abends 8 Uhr:  
**Halbjahrs-General-Versammlung**

im Galkhof zur Friedenseiche in Jößiger.  
Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Revisionsbericht.  
3. Bericht über die Generalversammlung der GGV in Frankfurt.  
4. Anträge der Mitglieder nach § 35 des Statuts (dieses müssen 5 Tage vorher beim Vorstand schriftlich eingereicht werden).

Zutritt nur gegen Vorlegung der Markenkarte. Der Ausschlußort: J. A. Joh. Friedrich.



**Paul Baumann**  
**Fischwaren-Groß-**  
**Handlung**  
Tel. 14122  
Windmühlenstr. 42

Durch günstigen **Groß-Einkauf** ist es mir möglich

Freitag — Sonnabend  
meine beliebten  
frischereiten Fisch-

**Koteletten!**  
Pfund noch für

**250** Mark

zu verkaufen.  
See-Fisch ohne Kopf . . . . . 2<sup>00</sup>  
... Pfund von Mark 2 an  
Prima frischer

**Schellfisch**

3 Pfund **5.50** Mark  
Frische grüne Heringe 3 Pfund **5.75**

Rieler Fett-Büchlinge . . . . . 14<sup>00</sup>  
Zilchmarinaden, Delikatessen, Sardinen zu billigen Preisen . . . . .

**Billigstes Fleisch**  
Wilde Kaninchen, getreift, von 14.— Mk. an  
Fuchsrücken und Keulen Pfd. 3—4 Mk.  
(sehr schmackhaft und nahrhaft)

Leipziger Wild-Zentrale Hainstrasse 21 (Durchgang)

Große Auswahl gutgepflegter **Weine, Weinbrand-Verschnitt**

Kognaks, Rum, Kirschwasser, Whisky, Liköre. Billigste Preise für Händler.  
Einzelverkauf — Reichsstrasse 33/35.  
In meinen Kellereien  
**Gust. Altkuckatz** vorm. Rob. Rausch Leipzig  
Gegr. 1885, Weingroßhandlung, Tel. 5005.



auf Arznei- und Arzneigewährung dieselben Rechte wie den Mitglieder der genannten Krankenkassen, besonders auch das Recht auf freie Arztwahl zu. Anträge auf Gewährung der Arzt- und Arzneihilfen sind an das Ortsamt für Kriegerversorgung, Sonnenmühlgasse 8, zu richten.

**Kirkus Musik-Gesellschaft in Leipzig.** Der Kirkus Busch kommt, wie er uns mitteilt, in die Albertshalle (Kritikalokalität). Der Spielleiter weist unter anderem auf: Die Meisterbesetzung Corty, M. Hoff, Eisenlohn, Frickbar mit seiner Sensation. Der lebende Steinbrunn, der Wunder Vogel, Lebendig begraben, das große Serpentinballett zu Pferde sowie die Kolophonphantasien. Im Reiche des Fortschlans.

Für die Eltern sämtlicher Volksschulkinder von Lindenan, Dienstag, den 15. März, 7½ Uhr abends, im Deutschen Hause Vortragabend über den Schulkino-Apparat mit Vorführungen. Zahlreicher Besuch dringend erwünscht.

Im Städtischen Vieh- und Schlachthof ist die Maul- und Klauenpest ausgebrochen.

**Arbeitslos.** Die gewählten Vertreter der einzelnen Berufsgruppen haben gemeinsame Sitzung mit dem Arbeitslosenrat Montag, den 14. März, nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9. Es wird mit zahlreichem und pünktlichem Erscheinen gerechnet.

**Spezchor.** Heute, abends 7 Uhr, Hauptprobe Brautkranz 17. Die Mitglieder der Konzertkommission und Bildungsausschusses treffen sich nächsten Sonntag 1 Uhr am Neuen Theater. Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

### Lebensmittellisten für Sonnabend, den 12. März.

Für Haushaltungen.  
Ausgabe von Spiritusmarken für März an jedermann gegen Vorlegung des Wohnungsmeldescheines ab Montag, den 14. d. M. Ort und Zeit der Verteilung ist vom 12. d. M. ab bei den Postleiwachen zu erfragen.  
Briteltausgabe für Erwerbslos: Entnahme von Gutscheinen in der Geschäftsstelle, Gerberstraße 3, Hof, Zimmer 2.  
Für Händler.  
Butter: Bezugsartenentnahme Nr. 1001-2000 des Berechnungsausweises und Abgabe der Bezugsarten B 203.

### Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

**Turner.** Bezirks-Vereinsversammlung für Plauer-, Riesa- und Müritzerturner, Sonntag, den 12. März, 8 Uhr, vormittags, Turnverein für Plauen, 44. Poststraße, Plauen. Turnvereinsversammlung am Markt, Reichsarbeiter-Sportklub - a. r. e. s. c. l. am Sonntag, den 13. März, 9½ Uhr nachmittags, Plauen. Turnvereinsversammlung, 44. Poststraße, Plauen. Turnvereinsversammlung, 44. Poststraße, Plauen. Bei Turnausstellungen. Besondere Gruppe, Sonnabend, Bezirksvereinsversammlung, Plauer-, Müritzer-, Riesa- und Plauerturner.

## Aus der Umgebung.

### Bezirksverband Grimma.

Verteilung von amerikanischem Weizenmehl.  
In der Zeit vom 12. bis 15. März werden auf Abchnitt April 1 der vom 14. März bis 10. April 1921 geltenden Brotkarte 500 Gramm amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 3,30 Mk. abgegeben.

### Frausdorf. Öffentliche Gemeindefestsetzung.

Neueingetretene ist an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Grubel Herr Kiermann in den Gemeinderat. — Das Ordnungsb. betr. die Neuordnung der Besoldung der Beamten und Angestellten wird nach dem Vorschlag des Verfassungs- und Finanzausschusses angenommen. — Der Antrag des Erwerbslosenförderungsvereins betr. die Forderungen des hiesigen Erwerbslosenrates, Zahlung einer Notstandsbeihilfe von 2 Mk., wird als berechtigt anerkannt und dem Finanzausschuss zur Beratung und schließlichen Entscheidung überwiesen, ebenso beschließt man, an das Arbeitsministerium heranzugehen, falls das Reich verlangt, Staatsmittel bereitzustellen. — Der Forderung um Gewährung einer Aufwandsentschädigung an Abgeordnete zu Kreisstaatsbesprechungen u. dgl. wird antragsgemäß zugestimmt, ebenso beschließt man, die Uebernahme des Unterschiedsbetrages zwischen Krankentage und voller Erwerbslosenunterstützung. — Eine Eingabe wegen Anlegung einer Bezirksratskassa läßt man auf sich beruhen. — Am Spielplatz entlang ist ein Trümmern herausgerollt. — Erneuerungsarbeiten am Wasserwerk sind auszuführen unter Überwachung von Erwerbslosen. — Ein Gehalt um Anlegung einer Sammelkassabehälterung auf dem Verkehrsbehälter Engelshof wird zur Abklärung an die Generaldirektion der Eisenbahnen beschick. — Die Bezirkshilfe fürs Kinderheim werden in der vom Jugendfürsorgeausschuss vorgeschlagenen Weise genehmigt. — Das Ortsgericht über die Wohnungszusteufer wird mit Abänderung von § 3 in 2. Lesung angenommen. — Es wird Kenntnis gegeben von neuen Tarifblättern für die Gemeindearbeiter. — Der Verein zur Begründung und Erhaltung einer Kinderbewahranstalt hat dem Gemeinderat zur Fertigstellung der Einrichtung im Kinderheim 1500 Mk. überwiesen. Hieron wird mit Dank Kenntnis genommen. — Der Nachtragshaushaltplan fürs Wohlhabensamt der Amtshauptmannschaft erfordert für Plausdorf eine Nachzahlung von 548,80 Mk. Anträge Reib, betreffend Einverleibung, werden dem Einverleibungsausschuss zur Entscheidung überwiesen. — Der Altersrentenbesitzer will der Gemeinde auch für dieses Jahr Kartoffelfeld zur Verfügung stellen; es soll durch Austausch bekanntgegeben werden.

**Tauscha.** Das hiesige Staudesamt ist Sonntag, den 13. und 20. März und den 3. April, vormittags von 10-11 Uhr, zur Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen geöffnet. Alle, die innerlich mit der Kirche gebrochen haben, mögen den Abgang zum Staudesamt nicht scheuen und durch Abgabe einer Austrittserklärung auch äußerlich den Bruch mit der Kirche vollziehen.

**Tauscha.** Arbeiterbildungsausschuss. Die für morgen Sonnabend, den 12. März, angelegte Sitzung findet nicht 7½ Uhr, sondern schon 7 Uhr abends im Goldenen Löwen statt.

**Mannhof. Kirchenaustritt.** Auf Ansuchen des hiesigen Ortsvereins der USPD, ist das hiesige Staudesamt am Sonnabend nachmittags von 4-6 und am Sonntag vormittags von 10-12 Uhr zur Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen geöffnet. Kamentlich den auswärts Beschäftigten soll damit Gelegenheit gegeben werden, ohne Einbuße an Arbeitszeit den Austritt zu ermöglichen, aber auch alle anderen werden ersucht, ihre Pflicht zu erfüllen.

**Markranstädt.** Alle Kinder, welche sich zur Lebensweise gemeldet haben, werden gebeten, Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, in der Turnhalle der freien Turnerschaft, Kratauer Str. 20, zu einer Besprechung der Weibe zusammen zu kommen. Desgleichen müssen alle Dienstigen, welche sich noch nicht gemeldet haben, bestimmt aufgeboten sein.

**von Markranstädt.** Aus dem Stadtgemeinderat. Ein Nachtrag zu den Bestimmungen zum Wirtschafsausschuss wird angenommen. Die Baukostenzuschüsse infolge der Ueberforderung aller Baumaterialien werden für die fünf Kriegsbewohnstätten Deuisa, Geinitz, Ariebe, Franke und Urbanisch, 78 (100) Mk., nachbewilligt. Die Vorlustkasseneinlage wird in der äußeren Hauptstraße weitergeführt, leider ist noch kein Bescheid vom Wirtschaftsministerium da, ob dieses die produktiven Erwerbslosenzuschüsse zahlt. Die Verlängerung des Kabels für die elektrische Lichtleitung soll in der Hauptstraße geleitet werden. Mit der Aufstellung eines Transformators in der äußeren Schützenbergstraße ist man einverstanden. Es soll das Kabelhäuschen der Landkraftwerke zur Aufstellung benutzt werden. Der Anschaffung von Maschinen und eines Leinwandstuhls für die Erweiterung des Wasserwerks stimmt man zu und bewilligt die Kosten von 78 (100) und 34 (100) Mk. Für die Erweiterung des Krankenhauses bewilligt man ebenfalls die Mittel. Zur Vergrößerung des Sportplatzes wird vorgeschlagen, den Platz glatt zu machen und wieder der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Von den beiden Militärvereinen ist ein Gehalt um Ueberlassung eines Platzes zur Aufstellung eines Gedenksteines für gefallene Krieger eingebracht, dieses wird nach heftiger Debatte abgelehnt, ebenso ein neuer Antrag des Herrn Dörr, die Stadt möge diese Sache zur ihrnen machen. Unsere Vertreter sind der Ansicht, daß dieses bloß aufreisend in der Bevölkerung wirken wird. Gegen die Verbreiterung der Straße 15 sind von drei Anliegern Einsprüche erhoben worden man beschließt, diesen Einsprüche nicht stattzugeben, und die Straße zu verbreitern. Wegen der Tränkenbau haben der Tierarzt, Doktor Schwarz, Tränken-

schauer Behnenberger und Nollmann ein Gesuch um Erhöhung ihrer Gehälter gemacht, was zurückgewiesen wird. In Sachen der Beamtenrückstellungen vor dem Stadtschiedsgericht, wo fast sämtliche Beamte eine Gruppe höher eingestuft worden sind, als dieses bei der Einräumung der Stadtbudgets geschehen ist, will man doch nochmals bei einigen eine Revidierung vornehmen und eiltliche Sachen dem Ausschuß übergeben.

**al. Soltau.** Aus dem Gemeinderat. Die Gesuche der Tierärzte Scholz und Freim aus Leipzig um Zulassung als wissenschaftliche Viehbeschauber wurden, da kein Bedürfnis vorliegt, abgelehnt. — Die Gebühren der Weichtrau wurden wie folgt erhöht: Für Erwachsene auf 25 Mk., Kinder von 2 bis 14 Jahren 18 Mk., Kinder bis 2 Jahren 12 Mk. Für eine Ueberführung werden 12 Mk., für die Teilnahme an einer Sektion 10 Mk. erhoben. Die zu dem Weichbestellbesitz gehörigen drei Gemeinden Zudelhäulen, Zwenndorf und Bantsdorf sollen erübt werden, diese neuen Sähe zu den übrigen zu machen. — Die Hundsteuer wurde erhöht für Hundehunde, Schäferhunde und für die Hunde der Nachtwächter auf 15 Mk., für alle übrigen Hunde, die unter die Bezeichnung Wachshunde fallen, beträgt die Steuer für den 1. Hund 25 Mk., für den 2. Hund 10 Mk., für den 3. Hund 100 Mk., für den 4. Hund 200 Mk. u. s. w. — Die Ausarbeitung einer neuen Wertverwachsenerordnung wurde dem Finanzausschuß überwiesen. — Von einem Schreiben, in dem die Kolonialhändler Frau Hönig durch ihren Rechtsanwält Einpruch erhebt gegen die ickliche Verteilung der Kohlenbezugsscheine, nahm das Kollegium Kenntnis. — Der Wütererwurf zum Ortsbauernrat, sowie die Bauvorschriften für den Mühlberäuber Behausungsplan wurden vom Bauausschuß vorgelegt. Es sind nur einige kleine Änderungen einzelner Paragraphen vorgenommen worden. Der Gemeinderat stimmt dem zu. — Von dem Arbeitslosenrat ist ein Schreiben an den Gemeinderat gerichtet, in dem die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefordert wird. Die Erwerbslosenunterstützung soll in dem Maße erhöht werden, daß sie den in den Notstandsberichten angeführten Unterhaltungen gleichkommt, und da Reich und Staat verlangen, sollen die Gelder aus Gemeindefonds gewährt werden. Hierzu wurde vom Gemeindevorstand über eine in der Amtshauptmannschaft stattgefundene Besprechung berichtet. Es sei eine für die Erwerbslosen allseitige Lösung dieser Frage zu erwarten. Genosse Thürmer bemerkte ebenfalls, daß die Gemeinde außerstande sei, derartige hohe Ausgaben aufzubringen. Hier könne nur wiederholt vom Reich und Staat die Unterstützung der Erwerbslosen gefordert werden. — Vom Genossen Weichert wurde die Anlegung einer Solewiese für alle Kinder im Orte gewünscht. Vom Kollegium wurde dieser Vorschlag anerkannt. Nach kurzer Debatte wurde auf die dem hiesigen Turnverein gehörende arone Solewiese hinweisen. Zwischen dem Turnverein und dem Gemeindevorstand soll eine Verhandlung stattfinden, um zu prüfen, inwieweit es möglich ist, diese Wiese für die Kinder im Orte zur Verfügung zu stellen. Von Herrn Rausch wurde noch auf den am 7. März im Gaitshof stattfindenden Uchibilderwettbewerb hinweisen. Herr Dr. Volenz wird über das Weien und die Entlohnung der Geschlechtskrankheiten sprechen.

**Schleuß.** Das Gewerkschaftsstell bechäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit dem am Sonntag, dem 13. März, stattfindenden Gedächtnisfeier und Grabsteinenthüllung für die Märzopfer beim Kampfschl. Die Arbeiterklasse von Schleuß und Umgegend versammelt sich an diesem Tage um 2 Uhr im Pfundshof und zieht geschlossen nach dem Friedhof. Eine zahlreiche Beteiligung wird erwartet. — Ueber den Bau und die Herstellung des Gedenksteines machte Genosse Hochbach nähere Ausführungen. Anregungen zur diesjährigen Märfest wurden gegeben, aber bis zur nächsten Sitzung vertagt. Ueber Uebernahme eines Arbeitslohlen bei der Firma W. Kunath Naßla, machte Genosse K. Fiedler eingehende Mitteilungen. Eine Arbeitslosenwewegung wurde einer Kommission überwiesen. — Zur Unterbringung der Arbeitslosen erklärte Genosse Hochbach, daß die Erwerbslosen bei dem in kurzer Zeit in Angriff zu nehmenden Neubau eines städtischen Gruppenwohnhauses Beschäftigung finden sollen. Genosse Hädicke reichte noch an, daß gekerkerte auswärtige arbeitende Kollegen möglichst mit dem städtischen Arbeitsnachweis in Nahrung bleiben sollen, um freie Stellen mit am Orte wohnenden Kollegen belegen zu können.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Aus dem Landtage.

Die bürgerlichen Vertreter im sächsischen Landtag haben wieder einmal einen „Siege“ zu buchen. Es gelang ihnen gestern, bei dem Weltkrennen um die Gunst der Beamten den Kommunisten, die sich in der gleichen Richtung betätigten, um eine Rasenlänge vorzuzukommen. Bei dem Stimmenverhältnis in der Kammer werden derzeitige Zufallsereignisse öfter vorkommen. Wird dieser an sich unzuverlässige Zustand doch noch dadurch begünstigt, daß einige Mitglieder der Reichssozialisten fast dauernd krank sind, es den Bäckern also bei einigem guten Willen gar nicht so schwer ist, zu entscheidenden Abstimmungen die nur zwei Stimmen betragende sozialistische Mehrheit zu erschüttern. Das trat gestern ein. Das Änderungsgebet über die Besoldung der Staatsbeamten und Lehrer wurde, entgegen dem Antrag der Ausschussmehrheit, mit 47 gegen 44 Stimmen abgelehnt und nicht nur beschlossen, die Kinderzulage für die Beamten bis auf das 21. Jahr auszubehalten, sondern auch sämtlichen Zulagen rückwirkende Kraft bis zum 1. April 1920 zu geben. Und das brachten dieselben Parteien zustande, die der Regierung häufig erklären, daß sie ihr die Mittel bewilligen würden, die keinen Pfennig übrig haben für die Arbeitslosen und die den Forderungen der Arbeiter mit einer arabischen unerschöpflichen Verstandeslosigkeit gegenüberstehen. Es kommt noch hinzu, daß die ganze Art der nun vorgenommenen Henselung für neun Zehntel der Beamten selbst eine schreiende Ungerechtheit bedeutet. Aber was kümmert das die reaktionäre Partei. Für sie war die ganze Angelegenheit ein Wahlmanöver. Sie, die zur Zeit, als sie das Heft in der Hand hatten, die Rechte und Forderungen der Beamten stets mit Füßen getreten haben, alauben auf diese Weise den Beamten Sand in die Augen zu streuen und sie bei den nächsten Wahlen als Stimmwölfe vor ihren Parteikarren spannen zu können.

Denselben politischen Zweck verfolgten die Kommunisten, deren Antrag dem bürgerlichen fast völlig entsprach und sich nur dadurch unterschied, daß er für die Kinderzulage einen Schritt zwischen der 8. und 9. Besoldungsstufe machte. Sie wollten damit wohl zum Ausdruck bringen, daß sie besonders auf die Stimmen der kleinen Beamten spezielten. Dabei leistete sich Herr Weiner den Scherz, den sozialistischen Parteien, die diesen unwürdigen Weitauf nicht mitmachen und darauf hinweisen, welche Ungerechtheit mit diesen Anträgen an den Staatsarbeitern und den Arbeitern in der Privatindustrie geübt werde, vorzuwerfen, daß sie die Not der Beamten nicht verständen. Daß Herr Weiner von der Dalklosigkeit dieser demagogischen Phrasen selbst überzeugt war, ging daraus hervor, daß er sie selbst tollschlug durch das Befehlens: die Kinderzulage sei an sich eine Ungerechtheit und sie hätten auch gar nicht die Absicht, diese Ungerechtheit für die Staatsarbeiter zu wiederholen. Bieleicht begreifen diejenigen, die sich noch immer gedankenlos von den kommunistischen Phrasen am Marxensel herumführen lassen, wie ernst es die „Führer“ mit der Vertretung der Arbeiterinteressen meinen.

Mit demselben Stimmenverhältnis wurde auch unser Antrag, den 1. Mai und den 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu machen, in einer Beratung abgelehnt. Das Geschäft ihrer zahlenmäßigen Ueberlegenheit hatte die Herren von der Rechten täu gemacht. Am tollsten gebärdete sich der Deutschnationale Grefmann, der die Geschichte mit einer Gewissenlosigkeit jählichte, die ihm als Volksschullehrer ganz besonders wohl anstand. Der junge Mann, dessen Sachkunde auf fast allen Gebieten in direktem Gegeniaz zu seiner Schamodrigkeit steht, wiederholte all die gedankenlosen Phrasen von dem „Dolksstolz von hinten“, der „Zerstückung des Wirtschaftslebens durch die Revolution“ usw. und trieb die Argeheit auf die Spitze, indem er es als eine Entwürdigung des Parlaments bezeichnete, daß „jeder Meigel von der Straße“ Einfluß auf die Regierung ausüben könne. Genosse Müller wies diese Unverschämtheiten ab und sprach zur. Er schlug Herrn Grefmann zunächst einmal die Urteile tonierwälder Politiker um die Ohren, die in einem klaren Augenblick die verlogenen Behauptungen von dem Dolksstolz von hinten bereits preisgegeben und freimütig bekannt haben, daß nicht die Revolution, sondern die hinwegerrannte Politik und die grenzenlose Unfähigkeit der konservativen, heute deutschnationalen Partei das Gland des Volkes verhandelt hat. Der Teifstand des Parlaments werde nicht dadurch gekennzeichnet, daß alle Staatsbürger Einfluß auf die Re-

gierung bekommen haben, sondern dadurch, daß ein Meigel von geschühter Stelle aus dasselbe Volk, das 4½ Jahre Gut und Blut im Interesse der Kapitalisten und Kriegsgeherr geopfert hat, beschimpfen dürfe. Die Kommunisten fanden es auch bel dieser Gelegenheit für gut, die Front der Linken zu durchbrechen. Herr Siwert entwürdigte den Weifertag der Arbeiter durch die „Geistliche“ Bemerkung, der Antrag der Unabhängigen zeige nur das Bedürfnis, den Arbeitern einen Feiertag zu verschaffen. Er selbst forderte dann zwar diesen Feiertag, natürlich zu dem Zweck, um mal einen ganzen Tag Zeit zu haben, auf die Halbheiten der USPD, hinzuweisen. Herr Siwert, der auch einmal ankündigte, er wolle uns im Parlament „die Nase herunterreißen“, und der inzwischen schon sehr bescheiden geworden ist, hätte alle Veranlassung dafür zu sorgen, daß seine eigenen Freunde, denen die Nase immer tiefer herunterrührt, nicht allzu arg blödsichtig werden.

Zu Beginn der Sitzung wurden die gestern angekündigten Erklärungen verlesen. Die Erklärung der USPD ist bereits gestern veröffentlicht worden. Die Erklärung der Kommunisten war ein außerordentlich phrasenreiches Bekenntnis für die Weltrevolution. Auch die Rechtssozialisten gaben nunmehr eine Erklärung ab, die aber so nichtsagend war, daß sich die Fraktion einen größeren Dienst geleistet hätte, wenn sie sie in der Tasche behalten hätte.

### Erklärungen.

**Abg. Siwert (Komm.)** erklärte unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Präsidenten in der Sitzung vom 8. März, die Londoner Verhandlungen waren nichts andres als ein Versuch der internationalen Bourgeoisie, die Folgen des Krieges auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Die Verhandlungen seien deshalb gescheitert, weil die deutschen Kapitalisten sich benachteiligt glaubten. (Pünktl.) Die Arbeiterklasse durchschaue auf Kummel von der nationalen Einheitsfront. Das Eingehen auf die nationale Einheitsfront wäre für die Arbeiter ebenso Selbstpreisgabe, wie eine Unterwerfung unter das Londoner Diktat. Die Kommunisten kennen keine nationale Einheitsfront, sondern nur die Front der unterdrückten Proletarier aller Länder, die Front gegen die Bourgeoisie. (Lebhafte Anrufe und Zurufe rechts.)

**Abg. Müller (Soz.)** Die sozialdemokratische Fraktion hat mich beauftragt, folgende Erklärung hier vorzutragen: Die Sozialdemokratische Partei protestiert mit dem ganzen deutschen Volke entschieden und mit Entrüstung gegen die allem Menschen- und Götterrecht höhnpredhenden Bedingungen der Entente, die die Existenz Deutschlands in Frage stellen und Not und Elend des werktätigen Volkes ungeheuer vergrößern. Die Sozialdemokratische Partei wird stets die Politik treiben, die im gegebenen Augenblick nach ihrer Meinung am besten geeignet ist, Böllerschlag und Imperialismus zu bannen und die den Interessen des arbeitenden Volkes am meisten dient. Die Sozialdemokratische Partei wird dabei zielklar und auf die schärfste Kraft des sozialistischen Gedankens bauend die Führung übernehmen, weil sie als die stärkste Partei der deutschen Arbeiterklasse dazu die Pflicht und ein Anrecht darauf hat.

Weiter erklärte die Fraktion, die Kommunistische Partei hat kein Recht, im Namen der deutschen Arbeiter zu sprechen (Lachen und Anrufe bei den Kommunisten), am wenigsten aber nach dem Ausnane der letzten Wahlen. (Anrufe und Zurufe bei den Kommunisten.)

Genosse Müller gab die von uns gestern abgedruckte Erklärung zu der nationalistischen Rede des Präsidenten Fräßdorf ab.

### Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Sachsen.

Die sächsische Regierung plant umfangreiche Maßnahmen zur Bekämpfung und Verringerung der Arbeitslosigkeit. Beim Hochbau ist das Herzliche Institut in Leipzig in Angriff genommen worden mit einer noch aufzuwendenden Bauverge von 10,9 Millionen Mark, das Braunkohleninstitut in Freiberg mit einer Bauverge von 10½ Millionen Mark. Ferner ist der Neubau eines Baderegelgebäudes in Reichen, Erweiterungen der Technischen Lehranstalten in Chemnitz (3,5 Millionen Mark), der Ausbau der Amtshauptmannschaft Plauen (90 000 Mk.) und der Technischen Hochschule in Dresden (250 000 Mk.) geplant. Das Landeshausbauamt will Wohnungen mit einem Aufwand von 30 Millionen Mark bauen lassen, bedarf aber noch der Zustimmung des Reichs. Die Abrumarbeiten beim Braunkohlenwerk Böhlen haben begonnen. 60 Millionen Mark sind hierfür bewilligt worden. Man hofft, daß dort mit fortschreitender Arbeit gegen Ende des Jahres 1500-1800 Arbeiter beschäftigt werden können. Weiter sind Talperrenbauten mit einem Kostenaufwand von 100 Millionen Mark geplant. Die sächsische Behörden haben das Reichsverkehrsministerium um Ums- oder Ausbau verschiedener Eisenbahnlinien und Bahnhöfe ersucht. Auch will man sich bemühen, die Verlegung einer Reichswerkstätte für Waggonbau zu erreichen. Die Landesstelle für Textilversorgung hat von Oktober 1920 bis jetzt für 70 Millionen Mark Aufträge vergeben. Verschiedentlich sind jedoch die Lieferfristen nicht eingehalten worden. So hat Glauhaus statt 125 000 Meter Kleiderstoff nur 45 000 liefern können, ebenso der Müßengrund von 20 000 Meter Stoff nur 10 000 Mk. Ferner sind für 17 Millionen Mark Aufträge auf Stämme, Schweißfütter und Schweißfütter ergangen und 60 000 Paar Schuhe für Kinderbewilligte in Arbeit gegeben worden mit einem Wert von 9½ Millionen Mark. Sehr schwierig ist nach wie vor die notwendige Hilfe fürs Vogtland, da es an Kohlen fehlt.

### Die Bautätigkeit in Sachsen.

Im Januar 1921 wurden in Sachsen 97 Baugenehmigungen gegen 21 im Dezember 1920 erteilt, davon in der Kreisbauhauptmannschaft Leipzig 33. Diese 97 Neubauten sollen insgesamt 220 Wohnungen enthalten. Bei den zuständigen Stellen waren bis zum 1. März d. J. Neubauten für rund 3500 Wohnungen angemeldet.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich in Baugen auf der Pöbauer Straße. Dort fuhr ein Auto mit voller Wucht gegen einen Straußenbaum. Dabei wurde der Wagen vollständig zerstört und die darin befindlichen vier Personen herausgeschleudert. Zwei davon wurden schwer verletzt, der Fahrer, der den Wagen selbst führte, und eine neben ihm sitzende Person kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

Ein schwerer Raubüberfall wurde in der Nacht zum Montag auf der Straße Wittenbrand-Platz verübt. Ein in Rausdorf wohnender junger Mann, namens Kreschmar, der seine Braut nach Wittenbrand begleitet hatte, wurde auf dem Rückweg von drei Rowdys überfallen, mit Schlagringen niedergeschlagen und seiner Barchaft von 280 Mark und des Leberziehers beraubt. Die Täter liefen unerkannt entkommen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Zur Urwahl im Holzarbeiterverband.

Sonntag, den 13. März, in der Zeit von 9-3 Uhr, finden in einer Anzahl von Lokalen die Urwahlen der Delegierten zum Verbandstag und Gautag statt. Eine am 9. März stattgefundene Mitgliedserversammlung befaßte sich mit der Aufstellung der Kandidaten. Hierbei wurde nach Erlebigung des ersten Punktes der Tagesordnung vom Vorsitzenden ein Geschäftsordnungsantrag des Verwaltungsratsmitglied Thiele, der eine rein kommunistische Liste eingereicht hatte, vorgelegt. Thiele beantragte die Wahl der Delegierten auf Grund der Verhältniswahl. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags beantragte er Aufstellung einer gemeinsamen Liste dergestalt, daß die 7 ersten Kollegen der einen oder der anderen Liste auf die von den Betriebsräten und Delegierten aufgestellte Liste übernommen werden. Die Kommunisten waren offenbar zwischen dem 2. März, wo die Aufstellung der Kandidaten von den Vertrauensleuten vorgenommen wurde und wo sie keinen Vorschlag brachten, zu der Ueberzeugung ge-

Kommen, daß sie mit einer eigenen Liste und Wahlen nach absoluter Mehrheit nicht auf ihre Rechnung kommen würden. In dem Verhalten der Kommissionen sehen aber die Mitglieder mit Recht eine Hinterhältigkeit und lehnten daher beide Anträge ab. Nunmehr verlor Schenkenberger die Situation zu retten und verlangte die Anhörung von sieben Kandidaten seiner Parteifreunde an die Vorsitzliste, da laut Statut für jeden Kandidaten ein Erfahmann gewählt werden müsse. Als auch dieses abgelehnt wurde, erklärte er, Protest einlegen zu wollen beim Verbandstag. Gleichzeitige wurde von seinen Parteifreunden ausgeführt, daß sie nunmehr eine eigene Liste aufstellen werden. Laut Statut müssen die Kandidaten vorher in einer Mitgliederversammlung gewählt werden, die trotz Ablehnung aufgestellte Liste und die hierfür abgegebenen Stimmen sind also ungültig.

Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, am Sonntag von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und die Vorsitzliste der Betriebsräte und Delegierten zu wählen, um den Kommunisten ihre Bedeutungslosigkeit innerhalb des Holzarbeiterverbandes zu zeigen. Die Liste für den Verbandstag weist 11 Namen auf, zu wählen sind 7 Delegierte. Die Liste für den Ganttag zählt 10 Kandidaten, zu wählen sind 6 Delegierte.

Der diesjährige Verbandstag, dessen Tagung zu einer der wichtigsten im Berufsleben und für die Holzarbeiter überhaupt werden wird, erfordert unbedingt, daß jedes Mitglied sein Interesse für die Organisation bekundet und sein Wahlrecht ausübt.

#### Tarifliche Zeit im Leipziger Kürschnergewerbe.

Mit dem 28. Februar ist der bestehende Vertrag abgelaufen. Der neu ausgehandelte Vertrag und die Forderung: Beseitigung der Affordarbeit und Einführung des Wochenlohnes wurde vom Arbeitgeberverband und dem Verein der Zwischenmeister rundweg abgelehnt. Die Helmarbeit und Lehrlingslohn tariflich zu regeln, sei nicht Sache der Organisation; beides wären private Abmachungen.

Die geforderten Löhne: 5 Mk. bis 6.50 Mk. für Kürschner, 3 Mk. bis 4.50 Mk. für gelernte Näherinnen, werden als übertriebene Forderungen hingestellt. Der Vertrag soll ein volles Jahr bestehen. Unter derartig rückständigem Anerbieten lehnte es die Arbeiterschaft ab, einen Vertrag abzuschließen.

Das Kürschnergewerbe gehört zur Luxusindustrie. Die Unternehmer haben während des Krieges durch Heereslieferungen riesenprofite erzielt. Nach dem Kriege wurde das Ausland Käufer. Die Waren wurden als Halbfabrikate (Felle zugeachtet und gefärbt) mit Riesengewinnen über die Grenze verkauft.

Am 4. und 5. April veranstaltet der Verband selbständiger Kürschner und Rauchwarenhandwerker Deutschlands seine erste große Besamodenschau in Leipzig. Bezweckt wird damit, dem laienhaften Publikum und vor allem dem Ausland die Kunst und die Fähigkeiten des deutschen Kürschners vorzuführen. Riesenummen schenkt diese Veranstaltung. Sie soll Arbeit für die Kürschner bringen. Die reichen Leute können bei einem Eintrittsgeld von 30 Mk. die Veredelungstunft betrachten. Vor dem Kriege ging der deutsche Kürschner nach dem Ausland, dort wurden ihm seine Arbeitskraft, seine Kenntnisse angemessen bezahlt; heute, wo ihm das Ausland gesperrt ist, soll er seine dort fehlende Kraft seinem Vaterland opfern für Löhne, die für ihn unzumutbar sind, mit denen er seine Familie nicht erhalten kann.

Deutscher Kürschnerverband.

#### Reichskonferenz des technischen Bühnenpersonals.

Am 25. und 26. Februar 1921 tagte in Berlin eine vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufene Reichskonferenz des technischen Bühnenpersonals, die sich mit den Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnissen dieser Gruppen beschäftigte.

Die Konferenz stellte fest, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen verfallen sind, so daß bei den Löhnen in den einzelnen Orten eine Spannung von circa 200 Prozent besteht.

Leider ist das technische Bühnenpersonal noch immer in verschiedenen Verbänden organisiert, so daß infolge dieser Zersplitterung die Schaffung eines Reichstarifes unmöglich ist.

Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution an, die sich grundsätzlich für die Schaffung eines Reichstarifes ausspricht, aber betont, daß unter den bestehenden Verhältnissen vorläufig davon Abstand genommen und es einer späteren Konferenz überlassen werden muß, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Inzwischen sollen Orts- oder Bezirksstarife abgeschlossen werden wobei darauf zu achten ist, daß der Alltagsbedarf durchgeführt wird. Überstunden sollen nur geleistet werden, wenn keine Möglichkeit vorhanden ist, neue Arbeitskräfte einzustellen. Eine andere Resolution, die sich mit der Schaffung einer Einheitsorganisation für die Bühnenarbeiter beschäftigt, hält ein Zusammenarbeiten aller in Betracht kommenden Gruppen für notwendig und beauf-

tragt den Verbandsvorstand, mit den beteiligten Verbänden Fühlung zu nehmen und zu versuchen, eine geeignete Grundlage zu schaffen, die es ermöglicht, im Interesse des technischen Bühnenpersonals erprießliche Arbeit zu leisten. Im übrigen sollen die Vorstände der verschiedenen Gauen Deutschlands des Transportarbeiterverbandes veranlaßt werden, der Organisation des technischen Bühnenpersonals ihre Aufmerksamkeit entgegenzubringen und eine Agitation zu entfalten, die das technische Bühnenpersonal dem Transportarbeiterverband zuführt. Ein dritter Beschluß erkennt an, daß der 1. Mai ein historisch gewordenen Gedenktag ist, dessen Feier den Beschlüssen der in Frage kommenden Instanzen einheitlich von allen Bühnenarbeitern durchzuführen ist. Falls jedoch die Gewerkschaften oder die sozialdemokratischen Parteien die Theater am 1. Mai zwecks Aufführung entsprechender Stücke festmachen, erklären sich die Bühnenarbeiter bereit, die notwendigen Arbeiten auszuführen.

Ein Korreferat zu diesem Punkt hielt Schäfer-Kajiel. Er ist für den Zusammenschluß zu einem Industrieverband des Nahrungsmittelgewerbes oder Verschmelzung mit den Holzarbeitern. Da aber jedenfalls der Zusammenschluß zu einem Industrieverband noch in zu weiter Ferne liege, stellte er einen Antrag auf Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverband. In der Diskussion gingen die Meinungen über diese Frage sehr weit auseinander. Die meisten Delegierten waren für Verschmelzung der Berufsorganisation.

Die Resolution fürchtete wurde mit 55 von 63 abgegebenen Stimmen angenommen.

Ueber: Unser Tagelohn hielt Stein-Hamburg ein instruktives Referat. Er sprach sich für den Abschluß eines Reichsmanteltarifs mit dem Arbeitgeberverband aus.

Nach einer längeren Aussprache wurde ein von dem Referenten vorgelegter Antrag angenommen, nach dem eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt wird, welche in Verbindung mit dem Hauptvorstand und den Gauleitern unverzüglich einen Entwurf für einen Reichsmanteltarif auszuarbeiten hat. Die Kommission wird ermächtigt, in Gemeinschaft mit dem Hauptvorstand und den Gauleitern die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden abzuschließen.

Am 5. Verhandlungstage wurde über die Schaffung eines Beitrags beraten und die Einrichtung eines solchen beschlossen. Der Beitrag besteht aus sieben Mitgliedern, die noch im Arbeitsverhältnis stehen und die von den einzelnen Bezirken gewählt werden.

Bei der Statutenberatung wurden auf Vorschlag der Statutenberatungskommission drei Beitragsklassen (bisher zwei) eingeführt und der Beitrag in der 1. Klasse auf 4.20 Mk., in der 2. Klasse auf 3.20 Mk. und in der 3. Klasse auf 2.10 Mk. festgesetzt. Die Streikunterstützung wurde sehr erheblich, die übrigen Unterstützungen um 50 Prozent erhöht. Die erhöhten Beiträge treten am 1. April 1921, die erhöhten Unterstützungssätze am 1. Juni d. J. in Kraft.

Der Ausschuss wurde von Hannover nach Hamburg verlegt. Ferner wurde beschlossen, daß der Sitz des Verbandes von Bremen verlegt wird. Verbandsvorstand, Ausschuss und Beitrag sollen den Ort bestimmen.

Bei der Wahl des Vorstandes wird in namentlicher Abstimmung Winkelmann mit 38 von 63 abgegebenen Stimmen zum 1. Verbandsvorsitzenden gewählt. Die übrigen bisherigen Vorstandsmitglieder wurden per Affirmation wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

#### Versicherungsangelegenheiten.

Das Schlichtungsverfahren in der Streitfrage gegen den Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen und den Reichsverband deutscher Versicherungsvertragsbesitzer bezüglich des Reichsstarifvertrags für die Generalagenturen ist verlagert worden. Die Verhandlungen sind nunmehr endgültig auf Donnerstag, den 17. März, festgelegt worden.

Zentralverband der Angestellten.  
Bezirk Leipzig.

#### Landgericht gegen Reichsarbeitsminister.

Zu dem unter vorstehender Überschrift kürzlich gebrachten Artikel schreibt man uns:

In Nr. 48 besprechen Sie eine Entscheidung des Landgerichts Leipzig, V. Zivilkammer, in der sich die Bemerkung findet, der Reichsarbeitsminister habe mit dem Erlass seiner Verordnung vom 12. 2. 1920 in gewisser Hinsicht seine Zuständigkeit überschritten. Sie schreiben hierzu: „Es wirft sich aber die Frage auf, ob denn irgendwelche Richter zuständig sind, über die Maßnahmen der Regierung zu Gericht zu sitzen? Früher gab es so etwas nicht. Da hätte es kein zünftiger Richter gewagt, auch nur die Rechtsgültigkeit einer Kabinettsanordnung oder Polizeiverordnung an-

zuzweifeln.“ Das trifft nicht zu. Schon immer, auch unter der alten Regierung, haben sich die Gerichte, wo die Nachprüfung von Verordnungen der Regierungszentralbehörden oder untergeordneter Verwaltungsbehörden notwendig war, dieser Prüfung unterzogen. In der Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen finden sich eine Reihe von früheren Entscheidungen, in denen nicht nur originäre Bestimmungen von Gemeinden, sondern auch Erlasse und Verordnungen von Regierungszentralbehörden geprüft und je nachdem für ungültig erklärt oder als rechtsverbindlich anerkannt worden sind (Bd. 6 S. 204, Bd. 11 S. 63, Bd. 62 S. 264, Bd. 67 S. 245 und 406, Bd. 69 S. 371, Bd. 84 S. 438). Auch Oberlandesgerichte haben besonders als höchste Instanz in Strafsachen sehr häufig über die Gültigkeit von durch Polizeibehörden erlassenen Strafgesetzen zu befinden gehabt. In gleicher Weise haben sich auch die Gerichte 1. Instanz mit diesen Fragen seit jeher befaßt.

#### Aktion, Bauarbeiter!

Die Baustelle von Arthur Müller, Leutzsch, Eisenbahntrasse, Zieh- und Holzwerk, ist für organisierte Bauarbeiter wegen Differenzen mit dem Polier gesperrt.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

#### Schamlose Ausbeutung von Heimarbeitern.

Die Firma R. Berger und Sohn, Tapfereifabrik, L. Nordstraße 26, sucht in den L. R. R. alle Tage Frauen als Heimarbeitern. Die Frau eines Arbeitslosen hat sich daraufhin gemeldet. Sie erhielt sogenannte Herbschoner zum Aussticken zugewiesen. Es war der Spruch: „Blau und rein, soll alles sein“ nebst verschiedenen Verzerrungen und einer Windmühle vorzuziehen und auszusticken. Eine ganz geschickte Stickerin ist bei intensiver Arbeit nach dem Zeugnis geübter Stickerinnen in der Lage, einen derartigen Schoner in etwa vier Stunden fertigzustellen. Die noble Firma bezahlt nun für ein ganzes Duzend derartiger Schoner die jährliche Summe von 11.20 Mk. plus 20 Prozent, also insgesamt 13.34 Mk. Arbeitslohn. Es springt somit im günstigsten Falle ein Stundenlohn von höchstens 27 Pf. heraus.

Kann es eine größere und schamlosere Ausbeutung armer Arbeiterinnen geben? Wo bleibt die Behörde, die gegen Firmen einschreitet, die die Notlage Arbeitsloser in solch wucherlicher, gegen die guten Sitten verstößender Weise zu ihrem Vorteil ausnützen?

#### Die Bedeutung der Unternehmerverbände

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hielt am 9. März in Berlin ihre diesjährige Mitgliederversammlung ab. Der vom Geschäftsführer Dr. Tänzler vorgetragene Geschäftsbericht läßt die wachsende Stärke der Unternehmerverbände erkennen. Danach hatte sich die Zahl der Mitglieder mehr als verdoppelt. Die Organisation umfaßt zur Zeit 200 unmittelbar angehörene Verbände mit 1501 Unterverbänden. Ueber 100 000 Betriebe mit einer Belegschaft von rund 8 Millionen Arbeitern werden von den Verbänden umfaßt. Die Disziplin der Verbandsmitglieder ist, unterstützt durch Androhung wirtschaftlicher Maßnahmen, wie Boykott und dergleichen, geradezu musterhaft geworden. Gegen den Willen der Verbandsleitung, die von den Industrieführern beherrscht wird, wird nichts unternommen. Bei allen Lohn- und sonstigen Bewegungen der Arbeiterschaft macht sich der Einfluß der Unternehmerverbände geltend. Die Unternehmer sind mit Sympathieaktionen gegenüber ihren bedrängten Klassengenossen sehr schnell zur Hand, wie sich erst letzthin bei der Bewegung der Stettiner Werftarbeiter gezeigt hat. Dadurch wird der Kampf der Arbeiterschaft immer mehr erschwert. Es drängt sich die Notwendigkeit auf, die Kämpfe auf erweiterter Basis zu führen und die Arbeiter-Gewerkschaften zu umfassenden Industrieverbänden zu vereinigen.

Auch in politischer Beziehung gewinnen die Unternehmerverbände steigende Bedeutung. Nach und nach kommt es dahin, daß ohne ihren Willen keine Regierung irgendeinen Schritt unternehmen kann, selbst wenn sie es wollte. Die Unternehmer sind trotz ihrer verschiedenen politischen Ansichten einig, wenn es gegen die Arbeiter geht. Sie sind nicht so dumm, wie viele Arbeiter, die sich wegen irgendwelcher Thesen am liebsten die Köpfe einschlagen.

Werden die Arbeiter aus dem Wachstum der Unternehmerverbände lernen, daß sie sich nicht zersplittern, sondern vereinen müssen? Und werden sie daraus die Lehre ziehen, daß alle Leute, die Handlungen begehen, die geeignet sind, die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern, Schädlinge der Arbeiterfrage sind, die bekämpft werden müssen?

# AUFSEHENERREGEND BILLIGE PREISE!

**Herrenstiefel**  
Etwas Ausserordentliches  
Sportleder, Derby, Rahmenarbeit . . . **149.-**  
Echt Rindbox, Derby, Rahmenarbeit . . . **159.-**

**Damen-Halbschuhe**  
Echt Chev.-Schnürhalbschuhe, Überwurfleiste 38/41 . . . **98<sup>50</sup>**  
Chrom-, Spangenu. Fersenspannerschuhe, Goldkalferschuhe . . . . .

**Wieder neu eingetroffen:**  
**Lackschuhe**  **Farbige Schuhe soweit Vorrat**  
Mokkabraune Lack-Damen- Halb- Lack-Damen- Halb- Farb. Damen- Halb- Farb. hohe Spangenschuhe Spangenschuhe Damenstiefel  
die neue Modelfarbe, kurze Form mit feinen Einsätzen, ganz Lack mit kleinen Fabrikationsfehlern Rahmenarbeit Spangenschuh in modernstem braunem Chevreau erstklass. Verarbeitung echt Chevreau Lack-Herrenstiefel Rahmenarbeit  
**155.- 168.- 198.- 250.-**  
**Wirkliche Gelegenheitskäufe für den sparsamen Verbraucher!**

**Damenstiefel**  
bedeutend herabgesetzt  
Vorzügliche Rindbox-Schnürstiefel . . . **138.-**  
Lackbesatz-Damenstiefel mit feinen Einsätzen, Rahmenarbeit . . . **195.-**

**Kinder-Halbschuhe**  
Chromspangen, weiße Leinen-Schnürschuhe Derby 27/30 . . . . **58.-**  
Die 2 beliebt, Sommerartikel f. Kinder 31/35 **68.-**

**Kinderstiefel**  
weiß Leinen Schnürstiefel vorzügliche Verarbeitung 27/30 **69.<sup>00</sup>**  
Die große Sommermode 31/35 **75.<sup>00</sup>**  
Echt Boxkalt-Schnürstiefel 27/30 Etwas ganz besonderes **98.<sup>50</sup>**

**Stordheimer**  


**ORO**  
der Qualitätsstrumpf  
in feinen Farben wieder neu eingetroffen  
Louisiana Mousseline Seidestoff Seide  
**12.75 19.50 26.50 37.50**

Der Taugenichts.

Von Anton Tscheprow.

IV.

Eines Nachmittags kam er zu mir außer Atem gelaufen und sagte:

"Komm, deine Schwester ist da." Ich ging hinaus. Vor dem großen Hause hielt tatsächlich ein Stadtdroschke. Meine Schwester war mit Anjuta Blagowa und einem Herrn in Militäruniform gekommen. Als ich näher kam, erkannte ich ihn: es war Anjutas Bruder, der Militärarzt.

"Wir sind zu Ihnen zu einem Besuch gekommen," sagte er. "Mit es Ihnen recht?" Meine Schwester und Anjuta wollten mich wohl fragen, wie es mir hier ginge, aber beide schwiegen und sahen mich nur an. Auch ich schwieg. Sie wußten, daß es mir hier nicht gefiel; meiner Schwester traten Tränen in die Augen, und Anjuta Blagowa wurde rot. Wir gingen in den Garten. Der Militärarzt schritt voran und rief begeistert:

"Das nennt ich eine Lust! Heilige Mutter Gottes, ist das eine Lust!" Er sah noch ganz wie ein Student aus. Er sprach und bewegte sich wie ein Student, und auch seine grauen Augen strahlten lebhaft, einfach und offen wie bei einem guten Studenten.

An der Seite seiner stattlichen und schönen Schwester erschien er schwächlich und klein; sein Bärtchen war dünn, ebenso seine nicht unangenehme Tenorstimme. Er diente bei irgendeinem Regiment und war auf Urlaub zu den Seinen gekommen. Im Herbst wollte er nach Petersburg gehen, um dort das Doktorexamen zu machen. Er hatte schon Familie — eine Frau und drei Kinder; er hatte früh im vierten Semester geheiratet, und in der Stadt erzählte man sich, daß es eine unglückliche Ehe sei und daß er von seiner Frau getrennt lebe.

"Wie spät ist es jetzt?" fragte meine Schwester unruhig. "Wir wollen früh heimkehren, Papa erlaubt mir nur bis sechs Uhr hier zu bleiben."

"Ach, Ihr Papa!" seufzte der Doktor. Ich bereitete den Samowar. Auf einem Teppich vor der Terrasse des großen Hauses tranken wir Tee, der Doktor schloß sich ihm freundlich aus einer Unterlage und behauptete, er fühle sich sehr wohl.

Tscheprow holte dann den Schlüssel, öffnete die Glasür auf, und wir traten alle ins Haus. Hier war es halbdunkel und geheimnisvoll, es roch nach Pilzen, und unsere Schritte hallten, als wenn sich unter dem Fußboden ein Kessel befände. Der Doktor beharrte stehend die Tasten des Klaviers, und dieses antwortete mit einem schwachen, zitterigen, heiseren, aber doch harmonischen Akkord; er versuchte seine Stimme und begann ein Lied, die Stimme unruhig und geängert mit dem Fußste stampfend, wenn irgendeine Taste versagte. Meine Schwester hatte es nicht mehr so eilig, nach Hause zurückzukehren, sondern ging erregt im Zimmer auf und ab und sprach:

"Mir ist so lustig zumute! So juchstbar lustig!"

In ihrer Stimme klang Erstaunen, als ob es ihre selbst ganz unwahrscheinlich schiene, daß sie einmal lustig sein könnte. Zum erstenmal in ihrem Leben sah ich sie so lustig. Sie sah sogar ein wenig hübscher aus. Ihr Profil war nicht schön, Nase und Mund standen herab und hatten den Ausdruck, als ob sie vor sich blies, sie hatte aber wunderschöne dunkle Augen, einen blauen, sehr zarten Teint und einen rührenden Ausdruck von Güte und Trauer; wenn sie sprach, erschien sie recht anmutig und sogar hübsch. Wir beide, sie und ich, waren unser Mutter nachgeraten und waren breitschultrig, kräftig und ausdauernd; aber ihre Blässe war krankhaft, sie hustete oft, und in ihren Augen beobachtete ich manchmal den Ausdruck, den die Menschen haben, die ernsthaft krank sind, es aber aus irgendeinem Grunde verheimlichen. In ihrer plötzlichen Lustigkeit lag etwas Kindliches und Naives; es war, als ob die Lustigkeit, die man in uns in unserer Kindheit durch strenge Erziehung unterdrückt hatte, jetzt in ihrer Seele erwacht und mit Gewalt zum Ausdruck gekommen wäre.

Als aber der Abend anbrach und der Wagen vorkuhr, wurde sie wieder schweigmäßig, klappte zusammen und setzte sich in die Droschke mit einer Miene, als ob es eine Anklagebank wäre.

Als sie alle weg waren, wurde es gleich wieder still. . . Mir fiel es auf, daß Anjuta Blagowa die ganze Zeit kein einziges Wort zu mir gesagt hatte.

— Ein merkwürdiges Mädchen! — dachte ich mir: — Ein merkwürdiges Mädchen!

In den Petrifastern bekamen wir tagtäglich Fastenpreisen zu essen. Der ewige Mühsigang und die Unbestimmtheit meiner Tage bedrückten mich schwer, und ich trieb mich unzufrieden mit mir selbst, faul und hungrig auf dem Gute herum und wartete nur auf eine passende Stimmung, um von hier fortzugehen.

Eines Abends, als bei uns im Seitenstück Rettich sah, erschienen plötzlich Dolzschkow, draungebrannt und über und über mit Staub bedeckt. Er hatte drei Tage auf der Strecke verbracht und war nach Dubelschnja auf einer Lokomotive und von der Station zu uns zu Fuß gekommen. In Erwartung seiner Equipage, die ihn hier abholen sollte, machte er mit seinem Verwalter eine Runde durch seinen Besitz, erteilte mit lauter Stimme Befehle, sah dann eine ganze Stunde bei uns in der Kanzlei und schrieb Briefe, für ihn ließen in einem fort Telegramme ein, die er sofort selbst beantwortete. Wir drei standen vor ihm schweigend und stramm da. Diese Unordnung! rief er angeekelt, in die Tagesberichte hineinsehend. In vierzehn Tagen kommt die Kanzlei ins Stationsgebäude hinüber, und dann weiß ich wirklich nicht, was ich mit euch anfangen soll, meine Herren!

"Ich gebe mir die größte Mühe, Euer Hochwohlgeboren," sagte Tscheprow.

"Ich sehe ja, wie ihr euch Mühe gebt. Ihr versteht nur, die Gehälter einzusetzen," fuhr der Ingenieur fort, mit einem Blick auf mich. "Ihr hofft immer auf Protektion, um möglichst schnell und leicht seine Karriere zu machen. Ich gebe aber auf Protektion gar nichts. Für mich hat sich niemand bemüht. Bevor ich diese Ehrenbahn bekam, fuhr ich lange Zeit auf der Lokomotive herum und arbeitete in Belgien als einfacher Wagenschmieder. Und was machst du hier, Bantsej?" wandte er sich an Rettich. "Du trinkst wohl mit ihnen?"

Er hatte die Angewohnheit, alle einfachen Leute "Bantsej" zu nennen; solche aber wie uns, mich und Tscheprow, verachtete er und tituliert uns hinter dem Rücken mit Säufer, Viech und Gefindel. Gegen die kleinen Angestellten war er überhaupt grausam: er zog ihnen vom Gehalt Strafgebühren ab und jagte sie ohne viele Worte aus dem Dienst.

Endlich kam seine Equipage. Beim Abschied versprach er, uns alle in vierzehn Tagen zu entlassen, nannte seinen Verwalter einen Thafskopf, setzte sich recht bequem in die Polster und fuhr in die Stadt.

Andrej Zwanowitsch, sagte ich zu Rettich, "nehmen Sie mich mit sich als Arbeiter."

"Run, von mir aus!"

Und wir gingen zusammen in die Stadt. Als die Station und das Gut weit hinter uns lagen, sagte ich ihm: Andrej Zwanowitsch, warum waren Sie eigentlich nach Dubelschnja gekommen?"

Erstens, weil meine Leute hier auf der Strecke arbeiten, und zweitens mußte ich der Generalin die Zinsen zahlen, Vergangenes

Jahr habe ich von ihr fünfzig Rubel geliehen und zahle ihr jetzt einen Rubel monatlich ab."

Der Motormechaniker blieb stehen und nahm mich am Rockknopf. "Wissail Alexejewitsch, mein Engel," fuhr er fort, "ich bin der Ansicht, daß jeder einfache Mann oder vornehme Herr, der auch die geringsten Zinsen nimmt, ein Verbrecher ist. In einem solchen Menschen kann die Wahrheit nicht wohnen."

Der magere, blasse, unheimliche Nettich sah die Augen schüttele den Kopf und jagte im Tone eines Philosophen: "Mäuse freßen das Gras, der Rost — das Eisen, und die Lüge die Seele. Herr, sei uns Sündern gnädig!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Demokratie in der Arbeiterbewegung.

IV.

Auch im Parteileben ist hier und da bereits das Bedürfnis nach einem weiteren Ausbau des Repräsentativsystems über die jährlichen Tage hinaus wach geworden. Je umfangreicher der Parteiorganismus wird, je mannigfacher seine Aufgaben desto schwerer wird es möglich, binnen sechs Tagen im Jahre alle Arbeiten auszuführen, die dem Parteitag zufallen. Es wäre aber zu kostspielig und schwierig, ihn über im Jahre zusammenzutreten zu lassen. Und auch dann könnte er in überraschenden Situationen leicht zu spät kommen. Unsere französischen Genossen haben zur Bewältigung dieser Schwierigkeit eine Zwischeninstanz zwischen Parteitag und Parteivorstand geschaffen, ähnlich unserer Kontrollkommission, von dieser aber dadurch verschieden, daß sie mehr Mitglieder zählt, die nicht vom Parteitag, sondern direkt von den Genossen der einzelnen Regionen, die sie vertreten, gewählt werden.

In dem Parteistatut, das sich die geeinigten sozialistische Partei Frankreichs 1905 gab, finden wir die Bestimmung eines Nationalrats (conseil national), der alle zwei Monate im Jahre zusammenzutreten hat, aber auch öfter zusammentreten kann, wenn die Verwaltungskommission oder ein Viertel der Mitglieder des Nationalrats es verlangt. Ihm gehört an die ständige Verwaltungskommission (commission administrative permanente), die der Kongress wählt. Sie hat die Funktionen unseres Parteivorstandes, besteht aber aus weit mehr Personen (22). Neben dieser gibt es im Nationalrat eine Delegation der Parlamentarier. Den Hauptbestandteil des Rates bilden jedoch die von den Organisations- und Departements- — den Föderationen — gewählten Delegierten. Auf je fünf Mandate zum Parteitag kommt ein Mandat zum Nationalrat.

Der Nationalrat erwählt aus den 22 Mitgliedern der ständigen Verwaltungskommission die fünf Parteisekretäre, deren Funktionen beschränkt sind. Er leitet die allgemeine Propaganda, überwacht die Ausführung der Parteitagebeschlüsse, bereitet die Kongresse vor, kontrolliert die Parteipresse und die Parlamentarieraktion und ist berechtigt, alle Maßregeln zu ergreifen, welche die jeweilige Situation erheischt.

Wenn es in Frankreich notwendig wurde, dies Organ zu schaffen, so liegt das wohl namentlich daran, daß aus Gründen, die in der Parteigeschichte liegen, der eigentliche Parteivorstand dort eine starke Autorität besitzt, so daß er notwendig wurde, die seine durch die des Nationalrats zu verstärken und zu ergänzen.

Aber je mehr die Parteiorganisationen wachsen, um so eher dürfte auch anderswo das Bedürfnis nach einer solchen repräsentativen Einrichtung entstehen.

Wie gesagt, ich fühle mich nicht berufen, praktische Vorschläge zu machen. Sollte aber einmal irgendwo die Frage der Schaffung solcher Einrichtungen aktuell werden, dann dürfte vielleicht der Hinblick auf die Erfahrungen, die ich in vorliegenden Blättern erzähle, nicht ohne Nutzen sein.

Freilich wird man das nicht tun dürfen, ohne ein gehöriges Können Salz. Denn es wäre sehr verfehlt, wollte man Staats- und Parteieinrichtungen einander ohne weiteres gleich setzen und annehmen, was wir für den Staat forderten, müsse schon deshalb auch für unsere Parteiorganisationen gefordert werden.

Die Demagogie unserer Gegner spekuliert in ihrer Agitation auf diese Gleichsetzung von Partei und Staat. Sie will nachweisen, daß wir unsere eigenen Grundzüge veraten, wenn wir unsere Forderungen an den Staat nicht immer auch in der Partei verwirklichen. Aber es gibt manchen Genossen, der, freilich aus ganz anderen Gründen, den gleichen Standpunkt vertritt.

In Wirklichkeit sind Partei und Staat zwei ganz verschiedene Dinge. Ich habe schon bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß Staat und Partei sich vor allem dadurch unterscheiden, daß man in den Staat hineingeboren wird, indes man sich die Partei, der man angehört, freiwillig wählt. Es ist auch unmöglich, außerhalb jeglichen Staatsverbandes zu leben, dagegen gehört die Mitgliedschaft bei einer Partei höchstenfalls zur Geschichtspolitik zu einer materiellen Lebensbedingung. Endlich ist eine Partei von vornherein eine Vereinigung Gleichgestimmter, dagegen ist ein Staat von vornherein schon eine Vereinigung Beziehungsgegner, was bereits durch die Interessengegenstände in seinem Innern bewirkt wird.

Aber noch in anderer Weise unterscheiden sich Staat und Partei. Wir haben eben gesehen, daß in extremer Meinungsverschiedenheiten notwendigerweise bestehen müssen, schon wegen der Interessengegenstände in seinem Schoße. Der Staat entspringt aus den Klassengegenständen, setzt diese voraus: er ist ein Instrument der Klassenherrschaft. Das gilt selbst vom demokratischen Staat, solange die Klassengegenstände bestehen. Auch dort, wo die Regierung vom Volke gewählt ist, bildet sie nicht eine Regierung des ganzen Volkes, sondern nur seiner Mehrheit. Und wo diese Mehrheit aus Bauern und Kleinbürgern besteht — oder aus Proletariern, die nicht klassenbewußt sind, sondern sich von der Bourgeoisie nachführen lassen — bildet sie eine Regierung, die die Interessen des Besten gegenüber den Bestlosen waltet. Noch entscheidender ist das natürlich dort der Fall, wo der Staat nicht demokratisch ist. Hier bildet die Regierung ein Instrument nicht des Himmels, sondern der Klassenherrschaft gegenüber den Bestlosen auch dann, wenn diese die Mehrheit bilden und ihre Klasseninteressen bereits erkannt haben.

Innerhalb einer Partei dürfen sich dagegen Klassengegenstände nicht geltend machen, soll sie wirken können. Sie ist am dauerhaftesten und kraftvollsten dort, wo sie eine einzige Klasse vertritt. Bei den bürgerlichen Parteien ist das heute fast nie der Fall. Im Zeitalter des Parlamentarismus und des allgemeinen Wahlrechts muß jede Partei, welche Klasseninteressen immer sie im Grunde dienen mag, danach trachten einen Anhang in großen Volksmassen zu gewinnen. Das kann sie jedoch nur, wenn diese sie als Vertreter ihrer Interessen ansehen. Wie immer eine Partei zusammengesetzt sein mag, ihr Wesen bringt es nicht notwendigerweise mit sich, daß ihre Leitung zum Organ der Ausbeutung und Unterdrückung des einen Teils der Parteigenossen durch den anderen Teil wird. Im Gegenteil, ein solches Tun der Parteileitung widerspricht dem Wesen und den Aufgaben einer Partei. Es müßte diese früher oder später auflösen, da ja der Parteileitung keine Zwangsgewalt gegenüber den Mitgliedern zu Gebote steht, diese der Partei den Rücken kehren, wenn sie finden, daß sie

ihre Interessen nicht waltet. Gesellschaftlicher Boykott und andere Mittel des Terrorismus vermögen nicht, eine auseinanderstrebende Partei auf die Dauer zusammenzuhalten. Das normale und dauernde Mittel, dies zu erreichen, ist die energischste Vertretung der gemeinsamen Interessen, zu deren Förderung sich die Parteimitglieder zusammenschließen haben. Das ist die Aufgabe einer Parteileitung. Sie steht den Parteimitgliedern ganz anders gegenüber als eine Regierung im Staate, solange dieser auf einer Gesellschaft von Klassengegenständen beruht. Wohl gibt es auch in der Partei eine Mehrheit und eine Minderheit, diese muß sich ferner klagen, und die Parteileitung ist die Exekutive der Mehrheit. Trotzdem ist es lächerlich, in dieser bloßen Tatsache schon eine Parteipraxis zu sehen. Zwischen der Mehrheit und Minderheit der Partei besteht normalerweise kein Widerstreit der Interessen, kein Klassengegenstand, sondern bloß eine Verschiedenheit der Meinungen über den Weg, auf dem das gemeinsame Ziel am besten erreicht wird. Wie zahlreich die Meinungen darüber sein, wie sehr sie auseinandergehen mögen, in der Praxis kann man nicht gleichzeitig zwei verschiedene Wege gehen. Für einen muß man sich entscheiden, und die Parteileitung muß dafür sorgen, daß nach dieser Entscheidung verfahren wird. Wie energisch sie dabei vorgehen mag, ihre Stellung und Aufgabe in der Partei bleibt grundverschieden von der einer Staatsregierung, selbst wenn dieser bloß dafür zu sorgen hat, daß die erlassenen Gesetze befolgt werden. Denn die Gesetze bezwecken im Staate der Klassengesellschaft die Aufrechterhaltung eines Zustandes der Ausbeutung und Unterdrückung der einen durch die anderen, nicht das Einhalten des gleichen Weges zur Wahrung von Interessen, die allen gemeinsam sind.

Kleine Chronik.

Kongerte. Das Meßkonzert des philharmonischen Orchesters brachte ein etwas bunt zusammengestelltes Programm, das wohl dem Geschmack des Meßpublikums Rechnung trug. Nach Beethovens 5. Sinfonie, die nicht gerade fortwährend, aber doch durchaus formvollkommen zum Vortrag kam, folgte ein Konzert für Viola von Cecil Forsyth, das Arthur Schreier über Gelegenheit gab, die glänzende Beherrschung seines Instrumentes zu zeigen, ohne doch musikalisch irgendwelche ernstlich sein zu können. Die fünfstimmige Dichtung: Der Morgen von Durajoff, die den Abend beschloß, gehörte ebenso in die Kategorie der langlich und formal reichvollen Werke die jedoch eines tieferen musikalischen Inhaltes entbehren. Die Ausführung durch V. Hermets Orchester stand durchaus auf einwandfreier Höhe. — Humor bei den alten Meistern war der Titel des Kammer-Konzerts im Lopenjaal. Unter Günther Ramins vortrefflicher Leitung wurde ein treffendes Bild der leichten Art der alten Musik entrollt. Die jugendlichen Kräfte des Thomanerchores, das Schypar Dr. Rosenthal und Hans Vilmann teilten sich in das Verdienst, den Stil und Ton der humorvollen Volksmusik der Alten in feinsten Einfühlung vor dem modernen Hörer lebendig gemacht zu haben. Das Schachschek-Quartett und die Herren Vorbusat (Violen) und Hindelsen (Viola) sorgten für eine entsprechend vollendete Wiedergabe alter instrumentaler Kammermusikwerke. Der Abend war geeignet, den Hörer ganz unmittelbar in das Fühlen der Musiker des Barock einzuführen, und das ist die höchste Anerkennung, die man einer Ausführung alter Musik aussprechen kann. Pz.

Städtische Theater. In der heutigen Vorstellung von Walfische fing wieder Erkrankung von Gertrud Barisch Diane Martini zum ersten Male die Partie der Elektra.

Städtische Theater. Die Karten der Mitglieder des Schillervereins 5d für die Aufführung von Anna Kaleswka gelten nicht Montag, den 21. März, sondern Dienstag, den 22. März, worauf hiermit besonders hingewiesen sei. — Sonntag, den 13. März, findet im Operetten-Theater die 100. Aufführung der dreistimmigen Operette Schwarzwaldbädel statt. Die Besetzung ist folgende: Domkapellmeister Römer; Walter Grase; Kärbele; Theresie Biet; Malwine; Ena Döhle; Hans; Kurt Wolfram; Richard; Rubi Gasser; Jürgen; der Herr; Josef Trautmann; Lorle; Charlotte Schaebrich; Schmuckhelm; Ludwigs Habitz; die alte Traudel; Emma Navarra. Anfang der Vorstellung: 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Am Sonnabend erscheint das alte Märchen-Spiel "Märchen von Rumpelstilzchen", das vor kurzem im Kleinen Theater mit großem Erfolg aufgeführt wurde, im Schauspielhaus auf dem Spielplan. — Das Gastspiel Lubwa Billners gestaltet sich wie folgt: Mittwoch, 25. März; Nathan der Weise; Donnerstag, 26. März; Nathan der Weise; Sonntag, 27. März; Nathan der Weise; Mittwoch, 30. März; Kosmopoliten, von Wien; Donnerstag, 31. März; Freitag, 1. April; Kosmopoliten. Willner spielt den Nathan, den Faust und den Rosmer. Am Donnerstag, vormittags 11 1/2 Uhr, veranstaltet Willner im Schauspielhaus eine Morgenfeier, in der er klassische Dichtungen rezitiert. — Der Vorverkauf für alle Abende und die Morgenfeier beginnt an diesem Sonntag. Auf die Tagespreise, auch auf die Preise der Theater-Gemeinde, wird ein Gastspielzuschlag von 3 Mk. erhoben.

Kleines Theater. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorstellung Reigen am Sonnabendnachmittag um 1/5 Uhr beginnt.

Eingelaufene Schriften.

Dr. Friedrich Schmalz, Großrühnänen, wirtschaftlich, politisch, kulturh. Band 1 der Sammlung "Auslandskunde". Verlag Friedrich Andreas Perthes A.-G. Gotha. Preis 10 Mk.

B. Unterstein, Erziehung als Problem der Entwicklung gesellschaftlicher Kraft zum Aufbau der Schule auf der Selbsttätigkeit. Mag. Dortmund. Ein buntes proletarisches Skizzenbuch. Verlagsgenossenschaft Freiheit, e. G. m. b. H., Berlin O. 2., Breite Straße 8 A.

Neue Opern- und Schauspielbücher. Nr. 28. Walter Halenclever. Jenseits von Robert Vitz. Der getreue Eckart (Nr. 4). Halbmonatsschrift für das ganze deutsche Volk. Hellsinghische Verlagsgenossenschaft, G. m. b. H., Berlin-Treptow. Preis 2 Mk.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Krefeld. Heft 5.

Dr. Ludwig Hirsch, Höchstmieterordnung und Reichsmittelangelegenheit. Ein Raub am deutschen Hausbesitz. Verlag Paul Baumann, Charlottenburg 4, Wilmersdorfer Straße 96/97. Ken' Arcos, Abendland. Aus der Sammlung Tribune der Kunst und Zeit. Erich Reiß Verlag, Berlin. Preis 6 Mk. Walter Rilla. Politik, Revolution und Gewalt. Aus der Sammlung Tribune der Kunst und Zeit. Erich Reiß Verlag, Berlin. Preis 7 Mk.

Wihelm Michel, Der Mensch verjagt. Aus der Sammlung Tribune der Kunst und Zeit. Erich Reiß Verlag, Berlin. Preis 5 Mk.